# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Frühjahr 2023 Nr. 219, 53. Jahrgang Nürnberg 3,– €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Seit Bundeskanzler Scholz im Zusammenhang mit dem 100 Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr von einer "Zeitenwende" gesprochen hat, erlebt dieses Wort eine Konjunktur. Unter Verweis auf den Krieg in der Ukraine wird jetzt für immer mehr Bereiche eine "Zeitenwende" diagnostiziert.

Was immer man von diesem Schlagwort hält, der Ukraine-Krieg ist ohne Zweifel eine Zäsur, politisch und ökonomisch. Deutschland ist aus mehreren Gründen von dieser Zäsur besonders betroffen. Im folgenden soll deshalb versucht werden, die direkten und indirekten ökonomischen Folgen des Ukraine-Krieges etwas genauer zu untersuchen.

Der Fokus liegt dabei nicht auf dem kurzfristigen Krisenmanagement der Regierungen (wie z.B. "Gaspreisbremse" und ähnliche Maßnahmen). Es geht vielmehr darum, die längerfristigen Auswirkungen für die Weltwirtschaft und besonders für Deutschland einzuschätzen.

Auch wenn kein direkter Bezug zum Ukraine-Krieg besteht, kann eine "Zeitenwende" eingefordert werden. Unter dem propagandistischen Motto "Es gilt die Lehren aus der Abhängigkeit vom russischen Gas zu ziehen" werden die zukünftigen ökonomischen Beziehungen zu China zur Diskussion gestellt. Die (potenziellen) ökonomischen Folgen einer zunehmenden Konfrontation mit China sind deshalb ebenfalls Thema dieses Artikels.

Dagegen werden die Auswirkungen auf die russische Wirtschaft nicht

behandelt. Vor allem deshalb, weil es zur Zeit schwierig ist, dazu genügend zuverlässige Informationen zu erhalten.

Nur die realistische Einschätzung der Ausgangslage erlaubt die Beurteilung von Folgen. Deshalb erfolgt zuerst eine Beschreibung des Zustandes der kapitalistischen Weltwirtschaft einschließlich der Entwicklungen und Veränderungen, die bereits vor Beginn des Krieges und unabhängig von diesem zu beobachten waren.

Fortsetzung auf Seite 3

# Inhalt

IIIIall	
"Zeitenwende" auch für die Wirtschaft?	1
Die Seuche, der Krieg und die Reichen	12
Was geht in Peru vor? Teil I	14
Holodomor-Debatte	19
Neues aus dem Vereinigten Königreich	22
Rezension "Gekränkte Freiheit"	24
Das neue Bürger-Hartz – Viel Lärm um nichts	25
Notizen eines kubanischen Sommers	27

# In eigener Sache

Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon über ein Jahr und ein Ende ist nicht in Sicht. Den Berichten nach ist er gegenwärtig in das Stadium eines Abnutzungskrieges eingetreten, der vom Westen mit immens hoher militärischer Unterstützung für die Ukraine befeuert wird. Nach der Zusage von Kampfpanzern kamen prompt die ukrainischen Forderungen nach Kampfjets, Raketen und (geächteter) Streumunition. Diesen Forderungen wurde vorerst (noch) eine Absage erteilt. Lediglich der englische Premierminister hat laut über Kampfjets nachgedacht, auch um vom innenpolitischen Desaster in England abzulenken. Trotz der immensen militärischen Unterstützung durch USA, EU und NATO sowie der beispiellosen Sanktionen gegen Russland ist es bis jetzt noch nicht gelungen, Russland zu "ruinieren". Auch die Bemühungen, Russland weltweit zu isolieren, tragen noch nicht die gewünschten Früchte.

Im Gegenteil: allmählich werden die Länder des globalen Südens ungeduldig. was diesen "innereuropäischen" Waffengang betrifft. Angesichts des zunehmenden Hungers und der Verelendung von vielen Millionen in den betroffenen Ländern sowie der "eigenen" Kriege und Konflikte in Afrika und Asien, die keinen Deut weniger menschenverachtend verlaufen als in der Ukraine, sind mehr und mehr Regierungen nicht mehr bereit, die westlichen Standardverurteilungen Russlands - und vor allem die Sanktionen – mitzutragen. Die kühlen Antworten von Modi und Lula auf die Avancen, sich eindeutig gegen Russland zu positionieren, die ihnen Kanzler Scholz machte, sprechen für sich.

Angesichts des Sterbens und der verheerenden Zerstörungen in der Ukraine

gibt es in Deutschland erste Aufstehversuche der Friedensbewegung, initiiert von Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer mit dem "Manifest für Frieden". Von vielen ehemaligen Militärberatern wird die Situation so eingeschätzt, dass es keinen militärischen Sieg geben wird und dass Verhandlungen möglichst schnell in die Wege geleitet werden sollten. Also, Verhandlungen jetzt und nicht erst noch mehr Tod und Verwüstung. Das Manifest wurde bis jetzt von 750.000 Menschen unterzeichnet. Auf der Demonstration in Berlin protestierten bis zu 50.000 Menschen, obwohl sie im Vorfeld im Trommelfeuer der Medien und fast aller Parteien standen und als fünfte Kolonne Putins und Friedensheuchler gebrandmarkt wurden. Ihre Forderung an den Bundeskanzler: ein sofortiger Stopp der Eskalation der Waffenlieferungen. Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt!

Das Manifest bleibt zwar in einigen Aussagen zwangsläufig recht vage und aus unserer Sicht fehlen auch einige wichtige Aussagen und Hintergründe, aber es ist das Einzige, was jetzt da ist und sollte deswegen auch Unterstützung finden.

Bezeichnend für die Gespaltenheit der Linkspartei ist die Verleugnung ihrer eigenen Grundsätze.

In der Zwischenzeit werden die Drohungen der USA gegen China lauter; im Schlepptau die EU-Vasallen und die NATO. Die USA wollen ihre ins Wanken geratene wirtschaftliche Vormachtstellung sichern und drohen – nicht nur – mit einem Wirtschaftskrieg. Da werden angebliche Wetterballons abgeschossen, eine angekündigte Friedensinitiative Chinas wird mit der Warnung vor Waffenlieferungen an Russland gekontert und der Ausschluss chinesischer Technologien

aus westlichen Märkten ist inzwischen übliche Praxis. Es soll keine neuen "Abhängigkeiten" geben. In den ungleichen Wirtschaftsbeziehungen zu den weniger industrialisierten Staaten war der Westen bislang weniger empfindsam. Da sind Abhängigkeiten kein Thema, solange der Handel eigenen Profit abwirft und die Schulden der Gegenseite politische Einflussmöglichkeiten eröffnen. Um die eigene Bevölkerung darauf einzuschwören, dass "wir" "die Guten" sind, wird schon mal wieder der Systemgegensatz heraufbeschworen zwischen den freien westlichen Demokratien und den diktatorischen, unfreien (kommunistischen) Zwangssystemen. Damit soll verschleiert werden, dass es nichts anderes als der ganz normale weltweite Kapitalismus ist, der um Einfluss und Märkte kämpft und dabei nichts anderes anzubieten hat als sein ewiges Angebot: Aufschwung -Krise - Krieg.

Nach den verheerenden Erdbeben in der Türkei und in Syrien trat die Doppelmoral einer "werteorientierten Außenpolitik" bei den anschließenden Hilfslieferungen deutlich zutage. Während die Hilfe für die Türkei sofort aufgenommen wurde, blieb, anfangs zumindest, Syrien sich selbst überlassen, weil "wir" doch keinen Diktator unterstützen wollen. Und was ist mit der Bevölkerung? Eine zynische Moral.

Die Korruption im Bausektor in der Türkei könnte Erdogan bei den anstehenden Wahlen als Trümmer auf die Füße fallen. Wir werden uns auf unserem Seminar in München mit diesem Thema beschäftigen.

In Deutschland sind der Heiße Herbst und Winter, ja gar der befürchtete Aufstand, ausgeblieben; die Appelle der Politiker und der Medien, sowie die Trostpflästerchen und die Energiepreisbremse scheinen zumindest das bewirkt

#### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: M. Derventli, Bucherstr. 20 90408 Nürnberg Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Zuschriften: Arbeiterstimme Postfach 910307, 90261 Nürnberg redaktion@arbeiterstimme.org www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger Postbank München IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,–€. aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser\*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren. zu haben; denn verstanden, was sie nun an Zuwendungen bekommen haben soll, hat die Bevölkerung bei dem irritierenden Hin und Her sicherlich nicht.

Die Tarifverhandlungen sind teilweise noch nicht abgeschlossen. Die Gewerkschaften habe Forderungen gestellt, die über den Inflationsausgleich hinausweisen. Nach Jahren des Reallohnverlustes sind Streikbereitschaft und Motivation der Kolleg:innen hoch. Es ist zu hoffen, dass die Abschlüsse dann auch entsprechend ausfallen. Verhängnisvoll für die Gewerkschaften wäre es, wenn die Führungen schlechte Abschlüsse mit schöngerechneten Ergebnissen und langen Laufzeiten, wie schon so oft, als Erfolge verkaufen würden, dafür haben die Kolleg:innen nicht gestreikt. Der gerade erfolgte Abschluss im Postbereich lässt nichts Gutes erwarten.

Nun zur vorliegenden Nummer: Ein Genosse ist der Frage nachgegangen, ob es auch für die Wirtschaft eine Zeitenwende gibt und hat dazu einen Artikel verfasst. Es sind unruhige Zeiten, aber manche Dinge ändern sich nicht. Der diesjährige Oxfam-Bericht zeigt – es bleibt, wie es war: Die Reichen werden immer reicher; wir berichten. Mit den jüngsten Entwicklungen in Peru beschäftigt sich einer unserer Südamerikaexperten. In einem ersten Teil geht er auf die Vorgeschichte des Putsches ein. Aus England berichtet unser Genosse von den jüngsten Entwicklungen. Zwei Nachdrucke aus der Arbeiterpolitik zu Bürgergeld und Holodomor, sowie ein Nachdruck aus Cuba Libre, der sich mit der schwierigen Lage auf der Insel befasst, runden diese Nummer ab.

Zuletzt noch eine Korrektur zum Nordirland-Artikel der letzten Nummer 218: In den abschließenden Absätzen ist der Begriff "Royalisten" durch "Loyalisten" zu ersetzen.

Wir möchten alle Interessierten auf unser Sommerseminar in München hinweisen. Es findet am 13./14.Mai statt. Voraussichtliche Themen sind die PTB Belgien, die Lage in der Türkei vor der Wahl und die Gewerkschaften nach den Tarifrunden.

Nun noch eine Bitte in eigener Sache: Um unsere Finanzlage ist es schlecht bestellt. Dieser Ausgabe liegt ein Zahlschein bei. Bitte begleicht eure ABOs bzw./ oder unterstützt unsere Arbeit mit einer Spende!

# "Zeitenwende" auch für die Wirtschaft?

## Die Ausgangslage: eine kapitalistische Ökonomie mit gebremstem Wachstum und erhöhter Krisenanfälligkeit

Die kapitalistischen Zentren (USA, Europa, Japan) befinden sich schon seit längerem (seit ca. 1973/74) in einer Phase, in der die Kapitalakkumulation weit von früher (z.B. in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts) erreichten Zuwachsraten entfernt ist. Seitdem zeigte die Wirtschaft, aus Sicht des Kapitals, unbefriedigende Wachstumsraten. Unter den gegebenen Bedingungen war es anscheinend für Teile des angehäuften Kapitals schwierig, immer wieder geeignete Verwertungsbedingungen im (häufig stagnierenden) produktiven Sektor zu finden. Diese Kapitale verblieben tendenziell im Finanzsektor und suchten dort eine Rendite, oft mittels rein spekulativer Geschäfte.

Zusätzlich waren verschiedene Krisenerscheinungen ständig präsent bzw. lösten sich in dichter Folge ab. Zu nennen wären z.B. das Entstehen der hohen Sockelarbeitslosigkeit in den 70er Jahren. Die Arbeitslosigkeit ist immer noch vorhanden, auch wenn sie nicht mehr kontinuierlich ansteigt. Dann gab es mehrere Perioden mit hohen Preissteigerungen (Höhepunkte auch in den 1970ern und jetzt wieder ganz aktuell). Es gab die Schuldenkrise in den 80er Jahren, die 1982 mit der praktischen Zahlungsunfähigkeit Mexikos begann und hauptsächlich lateinamerikanische Staaten betraf, die Asienkrise 1997 und vor allem, und bisher am tiefgreifendsten, die Finanzkrise von 2008.

In den Wirtschaftsstatistiken wird die Lage durch die relativ geringen Steigerungsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sichtbar. Die Investitionsraten sind ebenfalls vergleichsweise niedrig. Die Kapazitäten der Betriebe sind oft nicht voll ausgelastet. Es herrscht ein Zustand der latenten Überakkumulation.

Auch das Produktivitätswachstum ist im Vergleich zu früheren Perioden deutlich zurückgegangen. Das mag angesichts der vielen Berichte über die fortschreitende Digitalisie-

rung und den Einsatz von Robotern überraschend sein, ist aber eine gut belegte Tatsache. Die Steigerungsraten der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität sind in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken. So gab es z.B. in Deutschland zwischen 2007 und 2019 nur einen durchschnittlichen Zuwachs von 0,6 Prozent der Wertschöpfung pro Erwerbstätigenstunde und pro Jahr. In früheren Zeiten lag diese Zuwachsrate um einiges höher (bis zu 3%). Deutschland ist kein Sonderfall. Die Zahlen für andere Industrieländer sind ähnlich.

Als Argument gegen die Diagnose einer kapitalistischen Wachstumsschwäche könnte man auf die Statistiken von Weltbank bzw. IWF verweisen, die für die letzten Jahrzehnte noch ein beachtliches Wachstum des globalen BIP ausweisen. Aber die Aussage über die Wachstumsschwäche bezieht sich in erster Linie auf die alten kapitalistischen Zentren. Sie trifft nicht automatisch auch auf Wirtschaftsräume außerhalb der Zentren zu. Diese müssen aus verschiedenen Gründen differenzierter betrachtet werden. Und dann gibt es ein Land, das in mehrerer Hinsicht, aber besonders in Bezug auf das Wachstum, eine Ausnahme darstellt, nämlich China (dazu später mehr).

Das Aufkommen der Ideologie des Neoliberalismus kann als Versuch gesehen werden, im Sinne des Kapitals Maßnahmen gegen die Wachstumsschwäche zu begründen und durchzusetzen. Das zentrale Versprechen des Neoliberalismus war, die kapitalistischen Wachstumskräfte wieder zu entfesseln. Propagiert wurden Privatisierungen und Deregulierungen und ganz allgemein ein "schlanker Staat". Die Gewinne sollten gesteigert, die Investitionen angeregt und damit wieder höhere Wachstumsraten erreicht werden. Eine kräftig wachsende Wirtschaft würde letztlich größeren Wohlstand und Vorteile für alle bringen, so die Verheißungen der Ideologie.

Der Neoliberalismus konnte in der praktischen Politik und in den Köpfen Vieler erheblichen Einfluss gewinnen. Dieser Einfluss hält noch an, er ist noch keineswegs überwun-



Gewerkschaftsdemo gegen Sozialabbau 2003, Nürnberg

den. Viele von den Neoliberalen ausgegebenen Ziele wurden auch mehr oder weniger erreicht (Privatisierungen, Sozialabbau, Verbilligung der Arbeitskraft durch Ausdehnung des Niedriglohnsektor und der Zunahme von prekären Arbeitsbedingungen, etc.). Dadurch wurde generell die Position des Kapitals gestärkt, es fand eine Umverteilung von Unten nach Oben statt.

Bei seinem eigentlichen Ziel, nämlich der Entfesselung der Wachstumskräfte, ist der Neoliberalismus aber gescheitert. Das lässt sich nach Jahrzehnten neoliberal geprägter Politik feststellen. Das starke Wirtschaftswachstum, das die ökonomische Basis für die Lösung aller sonstigen Probleme hätte sein sollen, hat sich nicht eingestellt.

Entfesselt wurden aber, durch Deregulierungen, die Finanzmärkte. Dorthin flossen große Mengen des nach Anlage suchenden Kapitals. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Krisen der letzten Jahrzehnte auf das engste mit der Finanzwelt verbunden waren. Das trifft vor allem für die Finanzkrise ab 2008 zu und für alle direkt mit ihr verbundenen Folgekrisen (Euro-Krise, Spanien-, Irland-, Griechenlandkrise).

Die Finanzkrise erreichte durchaus die Qualität einer Systemkrise. Nach dem Bankrott des Bankhauses

Lehman Brothers lag ein Zusammenbruch des internationalen Finanzsystem im Bereich des Möglichen, das europäische Währungssystems war in Gefahr. Die Staaten und die Notenbanken mussten massiv intervenieren. Die Aktivitäten der Staaten als Krisenmanager waren selbstverständlich auch im Sinne des Kapitals, es war in der Regel der größte Nutznießer der Rettungsaktionen. Allerdings zeigten die staatlichen Eingriffe auch Resultate, die den ursprünglichen Zielen der Neoliberalen widersprechen.

Sichtbar wird das etwa bei der zunehmenden öffentlichen Verschuldung. Diese wird zwar in den Medien heftig beklagt, es wird ständig mehr Sparsamkeit gefordert und immer wieder werden Regeln aufgestellt,

die die Verschuldung zügeln sollen (etwa die Maastrichtkriterien für die EU oder die Schuldenbremse in Deutschland). Aber letztlich kann die Begrenzung der Verschuldung nicht umgesetzt werden. Immer neue Krisen (Finanzkrise, Pandemie, Krieg) erfordern neue Rettungsaktionen. So steigt in praktisch allen Ländern der Verschuldungsgrad immer weiter an.

Ein ganz ähnlicher Effekt zeigt sich bei der ökonomischen Rolle der Staaten. Ziel war es, staatliche Interventionen klein zu halten. Die diversen Staatseingriffe, die während der Krisen erfolgten und auch aus Sicht der Neoliberalen erfolgen mussten, um weitere Krisenzuspitzungen zu verhindern, liefen dem Ziel eines schlanken Staates aber entgegen. Das Resultat war vielfach keine Schwächung, sondern eher eine Stärkung der ökonomischen Rolle der Staaten. Deren Anteil am wirtschaftlichen Geschehen, z.B. gemessen am Staatsanteil des BIP, ist keineswegs radikal geschrumpft.

Die Dominanz des Neoliberalismus konnte also nicht verhindern, dass in der Realität ein erheblicher Teil der propagierten Ziele verfehlt wurde. Ihre Verwirklichung musste immer wieder in die Zukunft verschoben werden, weil akute Erfordernisse sich aufdrängten und eine neue Priorisierung erzwangen.

Nach dem Abflauen der jeweiligen akuten Krisenerscheinungen folgte zwar immer wieder eine gewisse Normalisierung mit ruhigerem Wirtschaftsverlauf (etwa die Jahre 2011 bis 2019 nach der Finanzkrise). Aber es ist nicht gelungen, die tieferen Ursachen der Krisen zu beseitigen. Die latente Überakkumulation gibt es nach wie vor, große Massen an Kapital suchen weiterhin im Finanzsystem nach einer Rendite. Es gelang nur, die schlimmsten Auswirkungen (etwa den Zusammenbruch des Finanzsystems) zu vermeiden. Die ökonomische Lage bleibt aber labil, die Krisenursachen schwelen weiter und können sich jederzeit wieder zu akuten Krisen verdichten.

Außenwirtschaftlich besteht das Programm des Neoliberalismus in einem umfassenden Freihandel. Angestrebt wird nicht nur der zollfreie und ungehinderte Austausch beim internationalen Handelsverkehr von Waren. Auch das Kapital soll ungehindert zirkulieren können, genauso wie angestrebt wird, jegliche Art von Dienstleistungen in diesen "Freihandel" einzubeziehen.

Die neoliberale Zeit war geprägt von einer starken Zunahme der Globalisierung. Immer größere Teile der Produktion wurden von den Zentren in Länder mit niedrigen Lohnkosten verlagert, die Lieferketten wurden immer länger und komplexer.

Der Schub bei der Globalisierung wurde zusätzlich noch durch einige andere Bedingungen ermöglicht. Immer mehr Länder erreichten einen Entwicklungsstand, bei dem einerseits Mindestanforderungen bezüglich Qualifikation der Arbeitskräfte und Ausbau der Infrastruktur erfüllt waren, andererseits die Löhne noch ausreichend niedrig blieben. Dazu kamen gesunkene Transportkosten und die modernen Kommunikationssysteme, die eine weltweite Steuerung der Lieferketten ermöglichen.

### China als Ausnahme in der Weltwirtschaft

Wie bereits erwähnt, muss China als Ausnahme in der Weltwirtschaft angesehen werden. China hat seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg erlebt. Das ist allgemein bekannt und muss hier nicht im Detail ausgeführt werden.

Wegen der Größe Chinas und der Rasanz der dortigen Entwicklung schlägt der Aufstieg Chinas bis in die globalen Statistiken durch. Wenn die ausgewiesenen Wachstumsraten für das weltweite BIP in den vergangenen Jahrzehnten noch beträchtlich waren, liegt das nicht unwesentlich an China. Denn dort wurde ein erheblicher Teil des jährlichen Zuwachses erwirtschaftet. Ähnliches gilt auch für andere Statistiken, etwa über die Verringerung der absoluten Armut. Ohne den Anteil Chinas wären die ausgewiesenen Erfolge sehr viel bescheidener.

Nicht nur für die Statistiken war China ein wesentlicher, ja dominanter Faktor. Der industrielle Aufbau in China ließ für die übrige Welt die Exportmöglichkeiten nach China stark ansteigen. In Deutschland profitieren vor allem der Maschinenbau und die Investitionsgüterindustrie. arbeitet werden. Chinesische Produzenten sind ganz wesentlich in das Geflecht der weltweiten Lieferketten integriert. Sehr viele Waren auf den Weltmärkten basieren auf einem mehr oder weniger großen Anteil aus chinesischer Produktion.

Die günstige Produktion in China und in den anderen in die Globalisierung einbezogenen Ländern hatte auch einen erheblichen Anteil an der bis vor kurzem zu beobachtenden Preisstabilität in den meisten entwickelten Ländern. Es wurden nicht nur Waren importiert, sondern auch stabile Preise.

Selbstverständlich bedeutet der Aufstieg Chinas gleichzeitig auch stärkere Konkurrenz für Produzenten außerhalb Chinas. Oft war das nicht einfach eine zusätzliche Konkurrenz, viele betroffene Produzenten konnten dem Druck nicht standhalten. Dabei sind erhebliche Unterschiede je nach



Hafenanlagen in Shanghai

In anderen Ländern (Südamerika, Afrika) sind es vor allem Rohstoffe, seien es mineralische oder landwirtschaftliche, die nach China exportiert werden. Der Verlauf der chinesischen Konjunktur hatte schon mehrmals durchschlagenden Einfluss auf die Weltmarktpreise einzelner Rohstoffe. Das belegt die Bedeutung, die Chinas inzwischen erlangt hat.

Dem Export nach China steht der Import aus China gegenüber. Aus China wird eine Vielzahl von (meistens preisgünstigen) Waren importiert, sowohl Endprodukte als auch eine vermutlich noch größere Zahl von Vor- und Zwischenprodukten, die in den Importländern weiterver-

Branchen, Ländern und Regionen zu beobachten. Das Spektrum reicht von gelungenen Anpassungen an die neue Lage, bis hin zur massiven Verdrängung von wichtigen Industriezweigen mit Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichem Abstieg etc. Die Entwicklung in China erzeugte ökonomische Gewinner und Verlierer außerhalb Chinas, wobei Gewinner und Verlierer sehr ungleich verteilt sind. Deutschland gehört insgesamt eher zu den Gewinnern.

Die wahrscheinlich größte weltwirtschaftliche Bedeutung Chinas lag in der Aufnahme von nach Anlage suchendem Kapital. Große Mengen an ausländischem Kapital strömten nach China und fanden dort eine Verwertungsmöglichkeit. Es trug zum dortigen Aufbau der Industrie bei und konnte sich dabei profitabel verwerten. Anfangs kam das Kapital schwerpunktmäßig aus Taiwan und der chinesischen Diaspora. Bald sprangen aber auch die transnationalen Konzerne aller Länder auf den Zug auf. Nicht zuletzt auch die aus Deutschland. VW, BMW, Mercedes oder BASF sind Beispiele für deutsche Firmen, die erheblich nach China expandiert und dort große Produktionsstätten aufgebaut haben. Die Liste ließe sich leicht verlängern. Inzwischen ist es auch für Betriebe, die deutlich kleiner sind als die genannten Konzerne und auch für Mittelständler nicht mehr ungewöhnlich, in China mit einer eigenen Produktion vertreten zu sein.

Bis zu einem gewissen Grad konn-

te der Aufschwung in China einen Ausweg für die Schwäche der Kapitalakkumulation in den kapitalistischen Zentren bieten. Damit wurde objektiv ein erheblicher Beitrag zur Stabilisierung des Kapitalismus außerhalb Chinas geleistet. Dieser Beitrag kam insbesondere den entwickelten alten Industrieländern mit ihrer Wachstumsschwäche zugute. Dort sitzen auch die meisten transnationalen Konzerne, die in großem Stil in China investieren konnten.

China ist aber auch in einer zweiten Hinsicht eine Ausnahme. Es handelt sich beim chinesischen Aufstieg nicht nur

um ein kräftiges Wirtschaftswachstum mit einem entsprechenden Anstieg des BIP. China hat eine gelungene nachholende Entwicklung vollzogen. Am Anfang standen einfache Produktionen (z.B. Textilien) im Vordergrund. Darauf folgten schrittweise technisch immer anspruchsvollere. Inzwischen ist China auch in Bereichen der Hochtechnologie erfolgreich. Es fängt an, sich mit den bisherigen Zentren des Kapitalismus zu messen und mit ihnen, auch im Hinblick auf modernste Technologien, in Konkurrenz zu treten.

Ein technologisches Gleichziehen ist zwar noch nicht in allen Bereichen erreicht. Es ist aber damit zu rechnen,

dass sich der Aufholprozess grundsätzlich fortsetzen wird und die noch vorhandenen Rückstände in nicht allzu ferner Zukunft weitgehend überwunden werden können.

In dieser Beziehung unterscheidet sich China wesentlich von vielen anderen Ländern und Gebieten, die ebenfalls stark in die globalisierten Lieferketten einbezogen sind. Denn so unterschiedlich die konkreten Verhältnisse in diesen anderen Standorten im einzelnen auch sein mögen, eine Gemeinsamkeit haben sie: Sie verharren weitgehend im Stadium eines finanziell und technologisch von den Zentren abhängigen Kapitalismus. Von Entwicklungsprozessen hin zum Aufbau eigener, unabhängiger Produzenten in der Hochtechnologie wird jedenfalls nicht berichtet, weder von den Betrieben in Mexiko nahe der Grenze zu den USA, den sogenannten Maquiladoras, noch von den Textilbetrieben in Bangladesh oder Kambodscha, aber auch nicht aus Osteuropa (um nur einige Beispiele zu nennen).

Um es zusammenzufassen: Der Aufstieg Chinas führte zur Herausbildung einer weiteren Weltmacht, ökonomisch und politisch. Er hatte auch erhebliche Auswirkungen für die ökonomischen Entwicklungen außerhalb Chinas, für die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft. Wie alle starken Veränderungen war das durchaus ein widersprüchlicher Prozess, der aber auch zur Belebung der Kapitalakkumulation beitrug und bedeutende neue Exportmöglichkeiten eröffnete. Etwas vereinfachend kann man feststellen: Ohne China wären die letzten Jahrzehnte für das Kapital aus den alten kapitalistischen Zentren wirtschaftlich schlechter verlaufen, die Tendenz zur Wachstumsschwäche in diesen Ökonomien wäre deutlicher sichtbar geworden.

## Veränderungen und Tendenzen, bereits vor Beginn des Krieges

Der Beginn des Ukraine-Krieges bedeutet einen starken Einschnitt. Aber bereits vorher und unabhängig davon bahnten sich wichtige ökonomische Veränderungen an. Insbesondere sind drei Tendenzen zu nennen, die ein Ende gefunden haben, nachdem sie vorher etliche Jahre für das wirtschaftliche Geschehen charakteristisch waren.

Da ist einmal die Globalisierung zu nennen. Deren Potenzial scheint vorerst weitgehend ausgeschöpft zu sein. Das weitere Vorantreiben der Globalisierung generiert anscheinend für viele Akteure keine zusätzlichen Vorteile mehr. Der Nutzen von Maßnahmen, die typischerweise mit der Globalisierung verbunden sind, wie just-in-time-Produktion mit minimierter Lagerhaltung und die ständige Ausdehnung der Lieferketten, sowohl geographisch als auch bezüglich ihrer Komplexität, ist weitgehend ausgereizt. Die Anfälligkeit für Störungen wurde dagegen gleichzeitig immer größer. Bereits relativ kleine Ursachen können zu erheblichen und kaum mehr überschaubaren Folgewirkungen führen.

Diese Anfälligkeit ist während der Pandemie, ausgelöst durch Lockdowns mit Unterbrüchen in Produktion und Transport, mehrfach demonstriert worden. Es ist davon auszugehen, dass spätestens mit dem Beginn der Pandemie, eventuell auch schon früher, die Globalisierungswelle vorerst einmal ausgelaufen ist. (Neue Schübe in der Zukunft sind

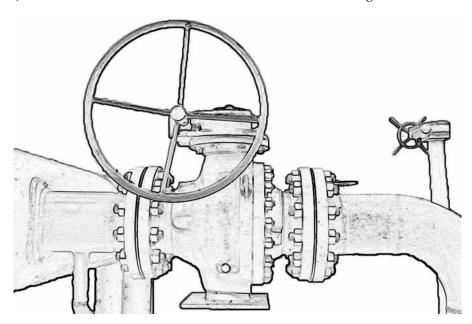
erfolgreich durchgeführten Globalisierung sprechen. Eine Rückabwicklung der Globalisierung im großen Maßstab ist zuerst einmal nicht zu erwarten.

Die zweite Änderung betrifft die relative Preisstabilität. Denn mit der Globalisierung ist auch deren die Inflation dämpfende Wirkung zu einem Ende gekommen. Bereits 2021 zeigten sich Ansätze für ein stärkeres Ansteigen der Verbraucherpreise.(siehe dazu "Die Rückkehr der Inflation" in der ARSTI Nr. 218).

Als drittes ging die Phase mit den niedrigen Zinsen zu Ende. Die lange Periode mit sehr niedrigen Zinsen wurde im Zusammenhang mit der Finanzkrise eingeleitet. Bis zum deutlichen Anstieg der Preise schreckten die Notenbanken davor zurück, die expansive Geldpolitik wieder zurückzunehmen. Vermutlich, weil sie die Lage als noch nicht stabil genug einschätzten.

# Der Ukraine-Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen

Der Ukraine-Krieg hat in erster Li-



natürlich nicht ausgeschlossen.) Aber das Auslaufen der Welle bedeutet nicht die Rückgängigmachung der Globalisierung. Einzelne Produktionen können selbstverständlich rückverlagert werden, insbesondere wenn den betroffenen Produkten eine strategische Bedeutung zugesprochen wird. In der Mehrzahl der Fälle dürfte aber die wirtschaftliche Logik nach wie vor für den Erhalt der ja bereits

nie politische Ursachen, genauso wie die westlichen Maßnahmen gegen Russland politisch motiviert sind. Dabei gilt festzuhalten: Russland hat den Krieg ausgelöst, die wirtschaftlichen Folgen sind aber überwiegend auf die Entscheidungen der westlichen Regierungen zurückzuführen. Denn die westlichen Gegenmaßnahmen bestehen, neben den Waffenlieferungen und sonstigen Hilfen für die Ukrai-

ne, im wesentlichen aus Sanktionen, mit denen wirtschaftlicher Druck auf Russland ausgeübt werden soll. (Siehe auch "Die Sanktionen gegen Russland …" ARSTI Nr. 216)

Für viele westlichen Firmen, es ist von ungefähr ein Tausend die Rede, bedeuten die Sanktionen den Verlust des russischen Marktes. Auch einige Firmen aus Branchen und Geschäftsbereichen, die nicht direkt mit Sanktionen belegt sind, haben sich angesichts des veränderten Umfelds aus dem Russlandgeschäft zurückgezogen. Sanktionen gegen Russland gibt es bekanntlich schon seit 2014. Seitdem ist eine rückläufige Tendenz im Geschäftsumfang zu beobachten. Aber jetzt gehen alle Maßnahmen viel weiter und haben radikalere Wirkungen. Sicher, der russische Markt ist für die betroffenen Firmen im allgemeinen nicht allzu groß, aber er ist auch nicht einfach zu vernachlässigen. In Deutschland spielte das Geschäft mit Russland eine viel größere Rolle als in vielen anderen Ländern. Deutschland ist deshalb auch stärker vom Ende dieses Geschäfts betroffen als andere, insbesondere viel stärker als die USA.

Durch den Ausschluss von rus-

Sanktionen nicht mehr aus Russland importiert werden (wobei es komplizierte Übergangsregeln gibt). Gas ist formal nicht von den westlichen Sanktionen betroffen, real haben sich aber die aus Russland gelieferten Mengen stark reduziert. So sind die direkten Lieferungen nach Deutschland vollständig zum Erliegen gekommen. Erst wegen technischer Probleme, so zumindest die offizielle Begründung aus Russland, und dann aufgrund von Sabotage an den Gaspipelines in der Ostsee. Wer immer für diese Explosionen verantwortlich war, vorerst kann durch drei von vier vorhandenen Pipeline-Strängen kein Gas mehr transportiert werden. Der vierte Strang, der zu Nord Stream 2 gehört, wurde zwar nicht beschädigt, ist aber nicht in Betrieb, weil das für die Betriebsgenehmigung notwendige Zertifizierungsverfahren von Deutschland gestoppt wurde.

Die stark verminderten Gaslieferungen sind das eigentliche Problem. Denn bei Erdöl und bei Kohle ist die Beschaffung von Ersatz einfacher und auch viel kurzfristiger realisierbar als bei Gas aus Pipelines. Die direkte Folge des Ausfalls der russischen Lieferungen besteht im sprunghaften An-



Industrieanlagen am Rhein, Duisburg

sischen Produzenten gab und gibt es bei eine Reihe von Waren Lieferprobleme, kombiniert mit heftigen Schwankungen der Weltmarktpreise. Betroffen waren z.B. Düngemittel, Getreide, Stahl, Holz und verschiedene andere Rohstoffe wie etwa Nickel.

Von viel größerer Tragweite sind die Veränderungen im Energiesektor. Erdöl und Kohle sollen gemäß den stieg des Gaspreises, der Wirtschaft und private Haushalte erheblich belastet. Die hohen Gaspreise schlagen auch auf die Strompreise durch.

Dabei geht es nicht nur um die höheren Rechnungen für Gas und Strom, die die Verbraucher bezahlen müssen. Denn Energie wird überall in der Produktion gebraucht und steckt in praktisch jedem Produkt drin. Von der Erhöhung der Energiepreise geht deshalb ein gewaltiger Inflationsschub aus. Deutschland hatte mit den russischen Gaslieferungen eine relativ preisgünstige Energiequelle. Die Strategie war, Gas im Zuge der Umstellung auf nicht fossile Energie als sogenannte Brückentechnologie zu nutzen. Gas sollte als letzte fossile Energiequelle aufgegeben werden. Denn Erdgas setzt beim Verbrennen weniger CO2 frei als Öl oder gar Kohle. Außerdem ist es flexibel für viele Zwecke (Industrie, Heizen von Wohnungen, Kraftwerke) einsetzbar. Diese Strategie ist jetzt weitgehend hinfällig. Durch den vermehrten Einsatz von Kohle bzw. Öl statt Gas kam es wieder zu Rückschritten im Vergleich mit der bereits erreichten Position. Flüssiggas (Liquid Natural Gas, LNG), das mittelfristig wahrscheinlich die wichtigste Alternative sein wird, ist wesentlich teurer, erfordert Milliardeninvestitionen für die Terminals und ist auch ökologisch (noch) problematischer als Pipeline-Erdgas, weil die für den Transport notwendige Verflüssigung viel Energie frisst.

Die Preise für Gas auf den Spotmärkten sind seit dem russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine mehrfach sprunghaft angestiegen. Den Höchststand erreichten sie etwa Ende August/ Anfang September 2022, als insbesondere die Bundesnetzagentur im großen Stil Gas einkaufte, um die Speicher für den Winter aufzufüllen. Anscheinend wurde dabei jeder Preis bezahlt (bis über dem 17 fachen des Preises vor der Krise). Seitdem sind die Preise an den Spotmärkten wieder deutlich gefallen, blieben allerdings, stark schwankend, auf einem Niveau, das noch ungefähr doppelt bis viermal so hoch ist wie vor der Krise. Als Preis vor der Krise werden ca. 20 € pro Megawattstunde angenommen, das entspricht etwa dem langjährigen Mittel der Preise von 2012 bis 2020. Nach übereinstimmender Einschätzung kann auch der Winter 2023/24 nochmals kritisch in Bezug auf die Beschaffung genügend großer Gasmengen werden, mit entsprechend wieder stark ansteigenden Preisen. Es ist sehr schwierig abzuschätzen, auf welchem Niveau sich die Preise mittelfristig einpendeln werden, zu vieles ist noch unklar und offen. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die Preise aber auch langfristig deutlich über den Vorkrisenzeiten liegen. Die privaten Haushalte und die Wirtschaft müssen sich auf auf weit höhere Gaspreise und damit auch Strom- und ganz allgemein Energiepreise einstellen. Es handelt sich dabei um beträchtliche Summen, die bezahlt werden müssen. Das ist ein Nachteil gegenüber anderen Volkswirtschaften und vermindert die Konkurrenzfähigkeit. Viele sehen schon den Industriestandort Deutschland in Gefahr, ganz besonders für alle energieintensiven Branchen. Die Angst vor Deindustrialisierung geht um. Während andere europäische Länder auch vom Preisanstieg betroffen sind, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß (Gasproduzenten wie Norwegen profitieren sogar), ist die US-Wirtschaft kaum betroffen, im Gegenteil, sie profitiert durch vermehrten Verkauf ihres Fracking-Gases von der Situation. Eine mögliche Folge des Ukraine-Kriegs ist deshalb neben der Stärkung der politischen Position der USA auch eine Stärkung ihrer wirtschaftlichen Position.

Nicht vergessen darf man die Kosten, die durch die politischen Entscheidungen der Regierungen entstehen: die Kosten für die Aufrüstung der Bundeswehr und die vielfältigen Kosten für die Unterstützung der Ukraine. Die fälligen Summen lassen sich zur Zeit noch nicht wirklich abschätzen. Die 100 Milliarden als "Sondervermögen" für die Bundeswehr sind erklärtermaßen nur der Anfang. Zukünftig sollen die Militärausgaben dauerhaft das von den NATO-Ländern beschlossene Ziel von mindestens 2% des BIP erreichen. Welche Kosten letztendlich mit der Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen, Hilfen für den dortigen Staatshaushalt, den Aufwand für Flüchtende usw. und irgendwann auch für den Wiederaufbau anfallen werden, ist noch völlig offen. Auch wenn viele dieser Unterstützungszahlungen formal als Kredite an die Ukraine verbucht werden, ist davon auszugehen, dass eine reguläre und reibungslose Rückzahlung für alle diese Kredite kaum möglich sein wird.

Zieht man aus alldem Bilanz, kommt man nicht um die Feststellung herum: die Lage hat sich für Deutschland erheblich eingetrübt. Für 2023 wurde zuerst eine milde Rezension prognostiziert (Rückgang des BIP je nach Prognose 0,4 bis 0,6 %). Inzwischen sind die regierungsamtlichen Erwartungen wieder etwas gestiegen. Was wirklich kommt, ist abzuwarten. Eine optimistische Sicht zu verbreiten, gehört zum Job von Politikern und staatsnahen Experten.

Das zweite große Problem ist die Inflation. Die Preise steigen auf breiter Front, nicht nur die Energiepreise, wenn auch die ganz besonders. Große Preistreiber sind z.B.auch Lebensmittel. Erhebliche Reallohnverluste sind zu erwarten.

Auch das Ende der niedrigen Zinsen ist nicht unproblematisch. Zwar sind dann wieder Zinsen auf Sparguthaben zu erwarten, aber bei den jetzigen Inflationsraten werden die gezahlten Zinsen Kaufkraftverluste beim Ersparten nicht verhindern. Höhere Zinsen verteuern Kredite und damit tendenziell auch alle Investitionen, sei es für den Wohnungsbau, den notwendigen Umbau der Energiewirtschaft, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder Verbesserungen der (oft marode gewordenen) Infrastruktur. Es besteht die große Gefahr, dass unter den neuen Bedingungen die dringend anstehenden Aufgaben nicht ausreichend umgesetzt werden. Dabei hinkt schon jetzt die Realisierung (z.B. bei den Maßnahmen gegen dem Klimawandel) deutlich hinter den notwendigen Erfordernissen her.

Krieg und Sanktionen haben die wirtschaftliche Lage verschlechtert, insbesondere weil die jetzt teuer gewordene Energie in vielen Branchen für die Produktion grundlegend ist. Im Energiesektor steht auch die Transformation an weg von den fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Quellen. Für diese Transformation gab es schon immer Anforderungen, die mit dem heutigen Stand der Technik nicht so ohne weiteres vereinbar sind, nämlich die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bis (fast) gegen Null bei gleichzeitig günstigen und sozial verträglichen Preisen für Industrie, Gewerbe und private Haushalte. Die Verteuerung der Energie verschärft diesen Zielkonflikt zusätzlich. Es wird diesbezüglich noch viele Konflikte geben.

# **Arbeiterstimme** Zeitschrift für marxistischeTheorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

#### Nr. 218 Winter 2022, 32 S.

- Die Rückkehr der Inflation
- Tarifbewegung 2022 der IG Metall
- Betriebsratswahlen 2022
- Der Krieg in der Ukraine und die Folgen
- Geht Lateinamerika wieder nach links?
- Die jüngsten Entwicklungen im GB
- Einige Hintergründe zur aktuellen Lage in Nordirland

#### Nr. 217 Herbst 2022, 28 S.

- Ist Russland imperialistisch?
- "Der Westen" und China Teil 2
- Rüstung und Soziale Frage
- Unsere europäischen Werte: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine
- Kolonialismus 2.0
- Zum Scheitern des Verfassungsprozesses in Chile

#### Nr. 216 Sommer 2022, 32 S.

- Russland und seine Stellung in der Welt
- Deutsche Medien und deutsche Parteien in Kriegszeiten
- Ökonomische Folgen des Krieges
- Der Zustand der Partei Die Linke
- Der Georg, sein Jesus und die Kartonagen
- Rezensionen:

Der Aufmarsch - Vorgeschichte zum Krieg

Sozialismus ohne Basis

#### Nr. 215 Frühjahr 2022, 36 S.

- Der Krieg gegen die Ukraine
- Zeitenwende ohne Widerstand?
- Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges
- Die Seuche und die Reichen
- Klassenanalyse: eine Aktualisierung - Teil II
- Neue Klassen in der spätmodernen Gesellschaft?
- Klassismus, ein neuer Begriff im linken Milieu
- Chile nach den Wahlen Ein linker Erfolg?

Bestellungen bitte an: Arbeiterstimme Postfach 910307 90261 Nürnberg Probehefte versenden wir gratis!

# Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Sowohl bei der Pandemie als auch bei den Kriegsfolgen versuchten die jeweiligen Regierungen (die CDU/ SPD-Koalition genauso wie jetzt die Ampel) durch relativ umfangreiche staatliche Programme gegenzusteuern. Dazu wurde die Schuldenbremse ausgesetzt und eine erhebliche Neuverschuldung in Kauf genommen. Dieses Ausgabeverhalten dürfte aber nicht von Dauer sein. Sparrunden und Verteilungskämpfe sind für die Zukunft vorprogrammiert. In manchen Medien und von manchen Branchenvertretern wird ein düsteres Bild gezeichnet. Es ist von drohenden Insolvenzen und der Abwanderung ganzer Wirtschaftszweige die Rede. Ohne die Probleme klein zu reden, muss man doch darauf hinweisen, dass die Klagen vieler Verbände und Interessengruppen auch taktisch begründet sind. Es gilt, die eigenen Interessen in Stellung zu bringen bei der Jagd nach Subventionen, Steuervergünstigungen oder ganz allgemein zur Beeinflussung des staatlichen Handelns zu eigenem Gunsten.

Der Ukraine-Krieg hat bei den sogenannten etablierten Parteien (CDU/ CSU, SPD, Grüne, FDP, die fast ausschließlich die Regierungen im Bund und in den Ländern stellen) eine Verschiebung der Prioritäten ausgelöst. werden. Neue Kompromisse müssen gefunden werden. Dieser Prozess ist noch keineswegs abgeschlossen und könnte noch Sprengkraft entwickeln.

Es dürfte jedem klar sein, beim Ukraine-Krieg geht es auch und vor allem um die geopolitischen Konflikte und Rivalitäten zwischen dem "Westen" mit der Führungsmacht USA auf der einen Seite und Russland auf der anderen. Ohne Geopolitik ist der Konflikt in der Ukraine nicht zu verstehen.

Gleichzeitig zeichnet sich ein weiterer geopolitischer Konflikt von noch viel größerer Tragweite ab, nämlich das Verhältnis zu China. Die bedeutende ökonomische Rolle Chinas wurde oben schon umrissen. Offensichtlich ist der Aufstieg Chinas so weit fortgeschritten, dass aus Sicht der USA eine Neubewertung der Beziehungen ansteht, möglicherweise mit einer sehr grundsätzlichen Entscheidung über deren zukünftigen Charakter.

### Die Konfrontation USA-China, die drohende Krise am Horizont

Der wirtschaftliche Aufbau in China hat für das westliche Kapital viele Möglichkeiten geschaffen, ebenfalls



Im August 2021 entsendet die Bundeswehr eine Fregatte ins Südchinesische Meer, um Deutschlands Präsenz als "gestaltenden Akteur und Partner" in der Region zu stärken.

Wegen der neuen Prioritäten wurden aber auch, nur wenige Monate nach der Regierungsbildung im Bund, die bei den Koalitionsverhandlungen ausgehandelten Kompromisse in wichtigen Teilen schon wieder Makulatur. Zumindest für die Bereiche Bundeswehr und Rüstung, sowie bei Energie und als Folge auch bei den Finanzen können sie nicht mehr wie ursprünglich vereinbart umgesetzt

von dieser Entwicklung zu profitieren. Diese Möglichkeiten wurden auch genutzt, so dass jetzt für Firmen aus vielen Ländern das Geschäft mit und in China eine erhebliche Bedeutung hat. Das ist bei Deutschland so, bei anderen europäischen Ländern, bei Japan und Südkorea, von Taiwan, das natürlich in einer Sondersituation ist, ganz zu schweigen. Aber auch die USA pflegen einen großen Aus-

tausch mit China. Bekanntlich lässt Apple den größten Teil seiner Produkte in China produzieren, General Motors, Ford und Tesla produzieren auch dort, um nur einige Beispiele zu nennen. Trotz der Strafzölle, die unter Trump eingeführt und von Biden nicht aufgehoben wurden, ist der Import aus China keineswegs zurückgegangen, sondern in den letzten Jahren noch etwas angestiegen. Bedingt durch die jahrelangen Exportüberschüsse gegenüber den USA hat China große Devisenreserven in Dollar angehäuft und hält sehr viele USamerikanische Staatsanleihen. Schon seit längerem ist China damit der größte Gläubiger der USA und trägt so auch erheblich zur Finanzierung des US-Budgetdefizits bei.

Die erfolgreiche Entwicklung in China wird aber von den westlichen Ländern auch als Problem gesehen. Denn China befindet sich nicht mehr in der Position eines Landes mit einem Kapitalismus, der von den traditionellen Zentren abhängt. Wie oben beschrieben, ist es inzwischen auch auf dem Gebiet der Hochtechnologie erfolgreich und in der Lage, eigene Ergebnisse aus Wissenschaft und Forschung in Produkte umzusetzen. Allein schon wegen seiner Größe ist mit China ein ökonomisches Schwergewicht und damit auch ein bedeutender Machtblock entstanden. Außerdem musste der Westen realisieren, dass mit dem bestimmenden Einfluss der chinesischen kommunistischen Partei ein Führungszentrum vorhanden ist, das eine eigenständige Politik betreibt und sich keiner westlichen oder, präziser, keiner US-amerikanischen Vormundschaft unterwirft.

Die Situation ist also widersprüchlich. Einerseits kann man durchaus ein Interesse des westlichen Kapitals und der kapitalistischen Länder an guten Geschäften und deshalb auch an einer einigermaßen gedeihlichen Zusammenarbeit mit China unterstellen. Das gilt prinzipiell auch für die USA, auch beim US-Kapital besteht dieses Interesse.

Andererseits nimmt die Rivalität zu und es stellt sich die Frage der Systemkonkurrenz. Anscheinend gab es im "Westen" lange die Hoffnung, China werde sich nach den Reformen von Deng Xiaoping langfristig den Verhältnissen im "Westen" annähern, erst ökonomisch und nach und nach auch gesellschaftlich und politisch. Seit Xi Jinping die Führung übernommen hat, sind diese Hoffnungen bei den westlichen Regierungen und Meinungsmachern offensichtlich weitgehend verschwunden.

Wie sich China gesellschaftlich weiter entwickeln wird, ist selbstverständlich von entscheidender Bedeutung. Für Linke, Marxisten und Kommunisten steht dabei die Frage im Mittelpunkt, ob China ein Voranschreiten in Richtung Sozialismus realisieren kann oder eben nicht.

Für die Einstufung als Systemkonkurrenten durch die USA und dem "Westen" ist aber keineswegs allein die Frage "Sozialismus ja oder nein" und die tatsächliche gesellschaftliche Entwicklung in China entscheidend. Die westlichen Mächte haben da durchaus ihre eigenen Kriterien und Gründe (die auch nicht ausschließlich rational sein müssen), um zu entscheiden, wen sie als System-bzw. Hauptkonkurrenten betrachten und für wie gefährlich sie diese Konkurrenz halten.

Außerdem ist eine Auseinandersetzungen um Hegemonie auch ohne direkte Systemkonkurrenz denkbar. Nicht zufällig sehen sich vor allem die USA als die westliche, kapitalistische Führungs- oder Hegemonialmacht durch China herausgefordert. Spätestens seit der Präsidentschaft von Barak Obama wird China als der (zukünftigen) Rivale identifiziert, der in der Lage sein könnte, die eigene hegemoniale Position in Frage zu stellen. Diese Einschätzung ist eines der wenigen Themen, bei dem es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Demokraten und Republikanern gibt. In den Think Tanks der USA und ähnlichen Kreisen läuft eine intensive Debatte über mögliche Strategien mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen. Gleichzeitig wird die Rivalität größer und immer offensichtlicher. Inzwischen gibt es eine Reihe von US-amerikanischen Maßnahmen, die die weitere Entwicklung Chinas in Richtung Hochtechnologie behindern sollen. Neben den Zöllen aus der Trump-Zeit und dem Ausschluss der Firmen Huawei und ZTE beim Aufbau des 5G Netzes kam es jüngst zu weiteren Einschränkungen. Der Verkauf von neuen, bisher in den USA noch nicht zugelassenen Geräten der Firmen Huawei und ZTE wurde generell untersagt. Exporte von Hochtechnologie, insbesondere der Export der modernsten elektronischen Chips und Geräte zu deren Herstellung, wurden als genehmigungspflichtig eingestuft. Sie können damit jederzeit von der Regierung unterbunden werden. Anscheinend kam es im Januar 2023 auch zu (noch nicht im Detail veröffentlichten) Vereinbarungen mit Japan und den Niederlanden über die Einschränkung des Exports von Geräten zur Chipproduktion nach China. In den Niederlanden hat ASLM, der weltweit führende Hersteller von Fertigungsanlagen für Hochleistungschips, seinen Sitz. Gleichzeitig mit den Exportbeschränkungen wurde das Ziel einer Rückverlagerung der Chipproduktion in die USA proklamiert. Dazu wurden milliardenschwere Förderprogramme aufgelegt.

Für die Verbündeten der USA und damit auch für EU und Deutschland ergibt sich aus dieser Situation ein Dilemma. Einerseits wollen sie mögTeil auf den für seine Produkte offenen Weltmärkten. Vielfach handelt es sich um anspruchsvolle, hochentwickelte Produkte mit einem großen Wertschöpfungsanteil, hergestellt von einer entsprechend spezialisierten Industrie. So konnte Deutschland Exportweltmeister werden. Die internationale Konkurrenzfähigkeit wurde unter anderem von einer günstigen Energieversorgung, basierend auf den russischen Gaslieferungen, unterstützt. Dieser Aspekt ist bereits weggefallen. Je mehr weitere Einschränkungen dazu kommen, desto kritischer wird die Lage.

Auch aus anderen Gründen wird die Konkurrenz härter und der Spielraum kleiner. Man denke aktuell nur an das sogenannte "Inflation Reduction Act" der USA. Dieses Gesetz soll unter anderem die Klimatransformation fördern, gewährt aber die erheblichen Subventionen und Steuervergünstigungen im vollen Umfang nur, wenn dafür Produkte aus nordamerikanischer Produktion (USA, Kanada, Mexiko) eingesetzt werden.



lichst viel vom profitablen China-Geschäft mitnehmen, andererseits müssen sie auf eine härtere Auseinandersetzung USA-China in der Zukunft mit all ihren Implikationen vorbereitet sein. Der weltwirtschaftlichen Bedeutung Chinas entsprechend geht es dabei um sehr viel Geld, es steht sehr viel auf dem Spiel.

Dies gilt besonders für Deutschland. Schließlich beruht der Erfolg der deutschen Variante des Kapitalismus zu einem ganz erheblichen Das Gesetz trägt also protektionistische Züge.

Es stellt sich die Frage, ob im Rahmen sich weiter zuspitzender Beziehungen zwischen den USA und China das europäische bzw. deutsche Kapital seine speziellen Interessen auch gegen die Führungsmacht zur Geltung bringen will und kann. Ist es denkbar, dass sich die EU, oder gar Deutschland allein, von den USA emanzipieren und einen eigenständigen Kurs gegenüber China einschlagen?

Bei der Beurteilung dieser Frage müssen die engen Beziehungen der Wirtschaftsräume (Deutschland, Europa, USA) berücksichtigt werden und vor allem die vielfältigen und gegenseitigen Verflechtungen, die auf der Kapitalseite existieren. Das heißt, US-Kapital investiert in Deutschland/ Europa und deutsches/europäisches Kapital in den USA. Diese Fakten machen eine Abkoppelung nicht gerade wahrscheinlich. Die jüngsten Reaktionen beim Ukraine-Krieg mit dem Gegensatz USA-China nicht als Systemgegensatz gesehen wird, sondern "nur" als Auseinandersetzung um die hegemoniale Position. (Ob das eine realistische Möglichkeit ist, sei hier dahingestellt). Ein dominierender Systemgegensatz wird die westlichen Länder zusammenschweißen, da alle diesbezüglich die gleichen Interessen haben. Wird eine Konfrontation dagegen als Ausdruck eines speziellen Interesses der USA gesehen, könnte das eine andere Lage bedeuten.



schnellen und völligen Einschwenken auf die Linie der USA sprechen ebenfalls nicht dafür. Allerdings sind die ökonomischen Dimensionen bei China sehr viel größer und essentieller als im Fall Russland. Sollte eine solche Entscheidung anstehen, gäbe es vermutlich in vielen Ländern erhebliche interne Differenzen mit der Herausbildung von Pro- bzw. Kontra-Lagern. Innerhalb der EU wäre eventuell auch mit gegensätzlichen Positionierungen von einzelnen Mitgliedsländern zu rechnen, was die EU als Ganzes handlungsunfähig machen würde.

Ein Alleingang Deutschlands kann wohl ausgeschlossen werden. Ohne enge Kooperation mit anderen Ländern (möglichst auch über den Kreis der EU hinaus) ist eine größere Abweichung vom Kurs der USA sehr unwahrscheinlich. Eigentlich ist eine Abkoppelung nur dann denkbar, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Einmal, wenn die USA ihrerseits immer weniger Rücksicht auf die Interessen ihrer europäischen und sonstigen Verbündeten nehmen (wie das unter Trump schon ansatzweise geschehen ist) und zweitens, wenn der

Zur Zeit lässt sich noch nicht klar beurteilen, welchen Verlauf die künftigen Beziehungen USA-China nehmen werden. Ohne Zweifel ist eine immer stärker werdende Konfrontation bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen ein realistisches Szenario. Vermutlich ist aber noch keine diesbezügliche Entscheidung gefallen. Wahrscheinlich wollen sich die USA gegenwärtig noch eine gewisse Flexibilität mit mehreren Optionen offen halten. Aus dem erst kürzlich gestarteten Programm zur Rückholung der Chipproduktion könnte man ableiten, dass die USA für sich noch relevante Abhängigkeiten sehen. Sehr viele elektronische Chips, gerade die modernsten und leistungsfähigsten, werden fast ausschließlich auf Taiwan produziert. Eine Blockade dieser Lieferungen würde für viele Branchen und wahrscheinlich auch für Teile der Rüstungsindustrie den Stillstand bedeuten. So gesehen brauchen die USA noch einige Zeit zur Vorbereitung. Aber es soll hier nicht zu sehr spekuliert werden, man wird die weitere Entwicklung beobachten müssen.

Der Ukraine-Krieg und die westlichen Reaktionen darauf haben eine Reihe von ökonomischen Erschütterungen ausgelöst, die nicht so ohne weiteres bewältigt werden können. Deutschland ist dabei stärker als andere Länder betroffen, weil es bedeutende Wirtschaftsbeziehungen zu Russland hatte. Die militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine dauern an, ein Ende ist noch nicht abzusehen. Deshalb lassen sich auch die wirtschaftlichen Auswirkungen noch nicht abschließend beurteilen.

Richtig ist aber auch, dass sich viele der heute dominierenden ökonomischen Bedingungen, der Probleme und der anstehenden Aufgaben nicht durch den Krieg erklären lassen. Das Auslaufen der Globalisierung, die zunehmende Verschuldung, die Inflation, die notwendige Transformation des Energiesektors etc., das alles würde es auch ohne den Krieg geben. Deshalb ist die Rede von einer ökonomischen "Zeitenwende" nur teilweise gerechtfertigt. Denn der Krieg hat die Situation vielfach und durchaus erheblich verschärft, modifiziert und kompliziert, aber er hat ihr keine neue Ausrichtung gegeben, wie es der Begriff "Wende" beinhaltet.

Dagegen hat die drohende Konfrontation mit China das Potenzial für eine "Zeitenwende", die dieser Bezeichnung in jeder Hinsicht gerecht würde. Eine harte Konfrontation mit umfassenden Sanktionen und eventuell auch militärischen Auseinandersetzungen würde noch viel stärkere Erschütterungen auslösen. Dies alles muss man im Zusammenhang mit den oben skizzierten Widersprüchen und der Krisenanfälligkeit des weltweiten Kapitalismus sehen. Noch sind die alten Zentren dominierend und haben anscheinend auch noch ausreichend Potential, um die Einbrüche und Veränderungen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg einigermaßen zu bewältigen. Aber gleichzeitig ist die Labilität der Fundamente, auf denen die Wirtschaft und damit auch die Macht der kapitalistischen Zentren beruht, unverkennbar. Es ist zwar nicht möglich, aus dieser Einschätzung konkrete Prognosen für die weitere Entwicklung abzuleiten. Falsch wäre es aber, die Stärke des Westens und der USA für unerschütterlich zu halten.

# Die Seuche, der Krieg und die Reichen Zum Oxfam Bericht 2023\*

uch in diesem Jahr hat die Organisation Oxfam anlässlich des Weltwirtschaftsforum in Davos den Bericht "Survival of the Richest" zur sozialen Ungleichheit auf der Welt herausgebracht. Der Bericht macht deutlich, wie Konzerne und die reichsten Menschen der Welt in den derzeitigen Krisen extreme Gewinne machen, während der Großteil der Menschheit in

Wir drucken einige Passagen des Berichts unkommentiert ab, sie sind deutlich genug. Die Zitate stammen, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus dem Oxfam-Bericht.

wachsender Armut lebt.

Wen wundert es? Die Reichen werden immer reicher. Aber anscheinend nehmen die Medien dieses Jahr Rücksicht auf die emotionalen Befindlichkeiten der Superreichen, die doch ihren Reichtum am liebsten ganz im Verborgenen genießen. Denn sie berichteten weit weniger über die Ergebnisse des Berichts als noch im letzten Jahr. Oder sollte vermieden werden, dass bei manchen Bevölkerungsteilen, die nach drei Jahren Coronakrise und einem Krieg nicht mehr wissen, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können, noch größerer Unmut entsteht?

Die Neue Zürcher Zeitung unterstellte Oxfam jedenfalls, dass "die Beschäftigung mit den Reichen zunehmend obsessive Züge zeigt."

Eine Neuerung ist dieses Jahr zu verzeichnen. Zum ersten Mal seit 25 Jahren haben extremer Reichtum und extreme Armut gleichzeitig zugenommen; des einen Gewinn, des anderen Verlust!

Wie schon Bertolt Brecht schrieb:
Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich:
Wär' ich nicht arm, wärst Du nicht
reich.

## Krisengewinne und soziale Ungleichheit steigt rasant

"Seitdem der Ukrainekrieg die Energie- und Lebensmittelpreise stark ansteigen ließ, driften Arm und Reich noch schneller auseinander als bisher. Auch weil die Superreichen stark von der Krise profitiert haben: Im Kriegsjahr 2022 haben laut dem Bericht 95 Lebensmittel- und Energiekonzerne ihre Gewinne mehr als verdoppelt. Den Großteil dieser Übergewinne, nämlich 257 Milliarden Dollar, zahlten sie reichen Aktionärinnen und Aktionären aus. Die darüber hinaus für ihre Milliardengewinne immer weniger Steuern zahlen müssen.

(...) rund 828 Millionen Menschen – also etwa jeder zehnte Mensch auf der Erde – hungern; Frauen und Mädchen machen fast 60 Prozent der hungernden Weltbevölkerung aus. Nach

# Ursachen für Ungleichheiten liegen im Wirtschaftssystem

"Die tieferen Ursachen dieser sich verschärfenden Ungleichheit liegen in unserem Wirtschaftssystem, dessen handlungsleitendes Prinzip es ist, Profite für Konzerne und ihre Eigentümer\*innen vor die konsequente Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der Erde zu stellen. Die multiplen Krisen verstärken dieses Prinzip tendenziell und die meisten Regierungen ergreifen seit Langem und auch jetzt keine wirkungsvollen Maßnahmen, um mit ihm zu brechen.

# UNRISD FLAGSHIP REPORT 2022 (United Nations Research Institute for Social Development):

"Die aktuellen extremen Ungleichheiten, Umweltzerstörung und generelle Krisenanfälligkeiten sind kein Fehler im System, sondern ein essenzieller Bestandteil davon. Nur ein groß angelegter Systemwandel kann diese verheerende Situation lösen."

Angaben der Weltbank erleben wir die wohl größte Zunahme der weltweiten Ungleichheit und Armut seit dem Zweiten Weltkrieg.(...)

(...) Die multiplen Krisen unserer Zeit haben verheerende Konsequenzen für die Mehrheit der Menschheit. Hunderte Millionen Menschen sehen sich mit einem dramatischen Anstieg der Kosten für Güter des täglichen Bedarfs konfrontiert und sind von Armut und Hunger bedroht. Und während die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen noch immer viel Leid verursachen, zerstört die Klimakrise die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen.

Gleichzeitig bringen die Krisen auch einige wenige Gewinner\*innen hervor. Konzerne machen Rekordgewinne und die reichsten Menschen werden noch reicher, was zu einer Explosion der sozialen Ungleichheiten führt, die immer extremere Ausmaße annimmt."

Die Regierungen sind in der Verantwortung, die extreme Ungleichheit zu beseitigen und die Weichen hin zu einem Wirtschaftssystem zu stellen, in dem das Gemeinwohl aller über dem Profit einiger Weniger steht.

Viele Regierungsentscheidungen haben eine Verschärfung der Ungleichheit sogar begünstigt. So wurden beispielsweise Steuern für reiche Privatpersonen und Unternehmen immer weiter gesenkt oder zugelassen, dass die Billionensummen, die zur Krisenbewältigung in die Volkswirtschaften gepumpt wurden, zu einem großen Teil den Reichsten zugutekamen."

Manuel Schmitt, Referent für soziale Ungleichheit bei Oxfam Deutschland, kommentiert: "Während Millionen Menschen nicht wissen, wie sie Lebensmittel und Energie bezahlen sollen, bringen die Krisen unserer Zeit gigantische Vermögenszuwächse für Milliardär\*innen. Jahrzehntelange Steuersenkungen für die Reichsten und Unternehmen auf Kosten der Allgemein-

heit haben die Ungleichheit verschärft und dazu geführt, dass die Ärmsten in vielen Ländern höhere Steuersätze zahlen als Milliardär\*innen. Unser Bericht zeigt erneut: Dass von Steuersenkung für die Reichsten alle profitieren, ist ein Mythos. Konzerne und ihre superreichen Haupteigentümer\*innen müssen endlich ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten." (Berliner Zeitung) auch die Armut weiter zunehmen wird." (...)

(...) "Infolge der Mehrbelastungen während der Corona-Pandemie, z.B. durch die (teilweise) Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen, sahen sich insbesondere viele Frauen gezwungen, ihre Erwerbstätigkeit (weiter) zu reduzieren oder aufzugeben, was die bestehenden Ungleich-

### Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des DIW Berlin:

"Die soziale Schere geht momentan weiter auf, und zwar noch stärker als in der Pandemie [...] Die rekordhohe Inflation zum Beispiel wirkt extrem unsozial, weil Menschen mit geringem Einkommen viel stärker darunter leiden."

# Krisen und Krisengewinne in Deutschland

"Besonders in Deutschland ist das Vermögen sehr ungleich verteilt. So besitzt das reichste Prozent der hiesigen Bevölkerung rund ein Drittel des Gesamtvermögens, die untere Hälfte gerade einmal 2,5 %. Angesichts der hohen Inflation ist zu erwarten, dass die ärmere Bevölkerungshälfte bald sogar noch schlechter dasteht." (DGB-Klartext Nr. 02/2023)

(...) "Schon vor der Corona-Pandemie und den steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen hatte Deutschland eine der im Vergleich zu anderen EU- oder OECD-Ländern höchsten Ungleichheit der privaten Vermögen. Die reichsten zehn Prozent besitzen 67 Prozent des gesamten Privatvermögens, das reichste Prozent 35 Prozent und allein die reichsten 0,1 Prozent ca. 20 Prozent. Die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung besitzen mit nur 1,3 Prozent kein nennenswertes Vermögen, viele von ihnen haben kaum oder gar keine Rücklagen für schwere Zeiten oder sind sogar verschuldet. Die Auswirkungen der multiplen Krisen treffen sie besonders hart: Die Inflation und historisch hohe Reallohnverluste bringen immer mehr Menschen in eine finanzielle Notsituation. Der Sparkassenverband schätzt, dass bald bis zu 60 Prozent der deutschen Haushalte ihr monatliches Einkommen komplett für die Lebenshaltung einsetzen müssen, also nichts mehr zurücklegen können. 2021 noch traf dies "nur" für 15 Prozent der Haushalte zu. Das lässt befürchten, dass heiten zwischen Männern und Frauen vergrößern dürfte."

### Wege aus der Ungleichheit

"Ein zentraler Baustein ist die Besteuerung der reichsten Bevölkerungsteile, insbesondere des reichsten Prozents, das 45,6 Prozent des weltweiten Vermögens besitzt. Sie ist ein entscheidender Schritt, um extreme Ungleichheit in den Griff zu bekommen und Regierungen den finanziellen Spielraum zu geben, um für alle Menschen zugängliche Gesundheits-, Bildungs- und soziale Sicherungssysteme zu schaffen und in Geschlechtergerechtigkeit und antirassistisches Handeln zu investieren.

Konzerne und ihre superreichen Haupteigentümer\*innen müssen endlich ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Wir fordern von der Bundesregierung eine systematische und weitreichende Besteuerung von Krisengewinnen und eine höhere Besteuerung reicher Menschen, um mit den Einnahmen Armut und Ungleichheit weltweit zu bekämpfen:

Durch eine Übergewinnsteuer exzessive Krisengewinne von Konzernen für die breite Gesellschaft nutzbar machen: Die sich aus der derzeitigen Krisenlage ergebenden Übergewinne vieler Konzerne müssen mit hohen Steuersätzen von mindestens 50 Prozent besteuert werden. Die bisherigen Planungen für eine Abgabe auf Zufallsgewinne greifen zu kurz.

Mit einer Vermögenssteuer die Reichsten in die Verantwortung nehmen: Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden und es braucht angesichts der aktuellen Krisensituation eine einmalige Abgabe auf sehr hohe Vermögen. In Deutschland wird Vermögen im internationalen Vergleich bislang unterdurchschnittlich besteuert.

In Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung und Geschlechtergerechtigkeit investieren:
Es braucht mehr Investitionen in
den Ausbau von Bildungs-, Gesundheits- und sozialen Sicherungssystemen und in die Stärkung von Frauenrechten. In der
Entwicklungszusammenarbeit
müssen die entsprechenden Mittel
erhöht werden."

Doch welche gesellschaftlichen Kräfte könnten dafür sorgen, dass diese Vorschläge umgesetzt werden, um zumindest die schlimmsten sozialen Ungerechtigkeiten anzugehen?

Der DGB nimmt den Bericht zum Anlass, um seine Forderungen für ein gerechtes Steuersystem zu bekräftigen, durch welches sehr hohe Einkommen und Vermögen, gemessen an ihrer Leistungsfähigkeit, mehr zum Allgemeinwesen beitragen sollen. "Hierzu zählen z.B. die Wiedererhebung der Vermögensteuer, die Abschaffung von Privilegien in der Erbschaft- und Schenkungsteuer und eine stärkere Besteuerung von Kapitaleinkommen. (...)

Schluss mit Steuerprivilegien für Reiche

Angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie dem demografischen Wandel, der sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft oder dem Fachkräftemangel, können wir uns Steuerprivilegien für Reiche nicht mehr leisten. Die öffentliche Hand braucht Einnahmen – für eine moderne Infrastruktur, gute Bildung und eine intakte Umwelt, von der alle profitieren.

Wer soll das durchsetzen?

Starke Gewerkschaften können Ungleichheit bekämpfen Mitbestimmung, Tarifbindung und Mindestlohn sind entscheidende Faktoren, wenn es um die Verteilung zwischen Löhnen und Gehältern einerseits und Unternehmens- und Vermögenseinkommen andererseits geht. Dafür braucht es starke Gewerkschaften. Klar ist aber auch: Die Vermögenskonzentration ist inzwischen so groß, dass sie direkt angegangen werden muss. (DGB-Klartext Nr. 02/2023)

Wir sind gespannt, wie der DGB das machen wird!



Die Gründe für die aktuellen Proteste in Peru lassen sich anhand der Berichterstattung der meisten deutsche Medien nicht wirklich nachvollziehen. Daher werden im folgenden Text die Hintergründe erklärt. Wegen seines Umfangs erscheint er in zwei Teilen.

edes politische oder soziale Ereignis hat eine Vorgeschichte. In diesem Fall ist sie geprägt von drei die peruanische Gesellschaft bis heute prägenden Ereignissen, nämlich die Landreform von 1969, der bewaffnete Aufstand von Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) und die Präsidentschaft von Alberto Fujimori.

Die Landreform wurde in der ersten Phase der Revolutionären Regierung der Streitkräfte unter General Juan Velasco Alvarado durchgeführt. Wahrscheinlich gab es für diesen Eingriff in die Besitzverhältnisse nicht nur innenpolitische Gründe. Im Rahmen der Allianz für den Fortschritt verlangte die US-Administration auch von anderen lateinamerikanischen Regierungen diese Reform. Damit sollte, nach dem Sieg der Revolution in Cuba, weiteren Aufstandsbewegungen das Wasser abgegraben werden. Gleichzeitig ist die Modernisierung der sozialen Verhältnisse auf dem Land auch ein Schritt hin zu einer kapitalistischen Landwirtschaft.

Nach der kubanischen Revolution hatten sich auch in Peru linke Guerillagruppen gebildet. Die Streitkräfte konnten ihre Aktivitäten recht schnell niederschlagen. Doch das sensibilisierte das Militär für die Landfrage. Parallel zu dieser Guerilla forderten Tagelöhner eigenes Land.

Was, wenn Bauern- und Guerillabewegung zusammenfinden?

Der konservative General Velasco Alvarado wird bis heute von Angehörigen der peruanischen Oberschicht als "milico comunista" (kommunistischer Militär) geschmäht. In seine Regierungszeit fallen weitere fortschrittliche Maßnahmen, darunter die Verstaatlichung von Bodenschätzen, doch die Landreform ist sein bleibendes Erbe. Mit ihr endete das System der Haciendas und der halb feudalen Verhältnisse zwischen Landarbeitern und Großgrundbesitzern.

Mitte der 70er Jahre fand ein weiterer Staatsstreich statt. General Francisco Morales Bermúdez übernahm die Regierung und beendete die Reformära. Ab und zu stößt man heute auf Erinnerungen linker Aktivisten, die selbstkritisch einräumen, dass sie die Regierung Velasco Alvarado hätten unterstützen sollen. Doch sie sahen nur die konservativen Seiten ihrer Politik.

Gegen Morales Bermúdez entwickelte sich eine starke Massenbewegung. Unter anderem organisierten die Gewerkschaften zwei Generalstreiks. Dieser Druck führte 1978 zur Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung und 1980 zu demokratischen Verhältnissen. Die Verfassung von 1979 war die bisher fortschrittlichste des Landes.

# Der bewaffnete Aufstand von Sendero Luminoso

Das zweite prägende Ereignis startete am Tag der ersten demokratischen Wahl nach den Militärregierungen. Die Mehrheit der Peruaner erwartete, dass in Zukunft die gesellschaftlichen Konflikte im Rahmen eines Rechtsstaates ausgetragen werden. Doch in diesem Moment startete Sendero Luminoso seinen bewaffneten Aufstand.

Diese Organisation erhob den Anspruch, die Kommunistische Partei Perus zu sein. Real war sie bestenfalls die Verselbstständigung des Regionalkomitees Ayacucho der traditionellen KP. Das geschah im Rahmen der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zwischen den KPs der Sowjetunion und China. Doch hielt sich diese Gruppe auch vom maoistischen Kosmos Perus fern. Sie folgte einer Linie, die sie als Marxismus-Leninismus-Maoismus, verbunden mit den Ideen von Präsident Gonzalo, ihrem Chef, definierten.

Der Aufstand von Sendero Luminoso erschütterte das Land. In der Zeit von 1980 bis 2000 hat er fast 70.000 Menschen das Leben gekostet. Grob geschätzt ist für die eine Hälfte der Toten Sendero und für die andere der peruanische Staat verantwortlich. Die Linke ist damals von zwei Seiten unter Druck geraten. Sendero hat zahllose linke Aktivisten und Politiker, auch die der anderen KPs, ermordet. Das gleiche geschah auch von Seiten des Staates.

Ein Beispiel ist die Ermordung von Pedro Huilca Tecse, dem damaligen Vorsitzenden des linken Gewerkschaftsbundes CGTP. Er war ein Ziel beider Seiten<sup>1</sup>. Laut dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte ermordete ihn in diesem makabren Wettstreit die staatliche paramilitärische Einheit Grupo Colina. "Pedro Huilca Tecse wurde am 18. Dezember 1992 durch staatliche Autoritäten mit Verbindungen zur Grupo Colina brutal ermordet, als Folge seiner Kritik an der ökonomischen und Arbeitsgesetzgebung des Regimes Alberto Fujimori."<sup>2</sup> Trotz dieser staatlichen Verbrechen wurde die Linke nicht verboten, auch wurde nicht versucht, sie in Gänze auszurotten.

In Deutschland kann man sich die damalige Situation nicht vorstellen. So trauten sich die jungen Leute in Lima am Samstagabend nicht auszugehen. Sie hatten Angst, Opfer einer Autobombe zu werden. Dazu kam die Furcht, dass Angehörige, die im Staatsapparat tätig waren und aufs Land versetzt wurden, von der Guerilla getötet werden. Auch die Aktivitäten der staatlich organisierten Todesschwadronen belasteten die Menschen.

Im Rahmen der Selbstverteidigung der Bauern bildeten sich Rondas Campesinas. Sie gingen aus schon existierenden, gegen die Kriminalität gerichteten Zusammenschlüssen hervor. Nun erhielten sie offiziellen Charakter und die Streitkräfte bewaffneten und trainierten sie.

In Peru seltene, aber dafür nicht weniger überzeugende Erklärungen führen die Niederlage von Sendero auf die Landreform zurück. Die Bauern wollten ihr kürzlich erhaltenes Land nicht wieder verlieren. Die gesellschaftlichen Vorstellungen Senderos orientierten sich an den chinesischen Landkommunen. Dafür wollten die Neueigentümer nicht enteignet werden.

Parallel zum Bürgerkrieg – in Peru ist es ein Tabu, diesen Begriff zu verwenden, damit würde man ja anerkennen, dass der Aufstand soziale Gründe hatte – wächst Ende der 80er Jahre der Druck von neoliberaler Seite. Dafür steht heute der Name Alberto Fujimori.

#### Die neoliberale Wende

In der Stichwahl um die Präsidentschaft standen sich 1990 der angesehene Schriftsteller Mario Vargas Llosa und Alberto Fujimori gegenüber. Vargas Llosas Kandidatur wur-

de von den traditionellen Parteien der Mitte und der Rechten getragen. Sein Wirtschaftsprogramm beinhaltete eine neoliberale Schocktherapie a la Chile.

Ihm stand Alberto Fujimori gegenüber. In der ersten Runde waren alle linken Kandidaten ausgeschieden. Daher votierten ihre Wähler – in Peru herrscht Wahlpflicht mit empfindlichen Strafen – in der zweiten Runde für Fujimori. Er hatte sich im Wahlkampf gegen das neoliberale Programm seines Konkurrenten positioniert. Doch er war kein Linker. Seine Basis war die gerade ein Jahr alte Bewegung Cambio 90 (Wechsel 90). Es handelte sich also um eine klassische populistische Kandidatur.

Es kam so, wie man es bei Populisten erwarten kann. Er machte im



Alberto Fujimori

Amt das genaue Gegenteil von dem, was er versprochen hatte. Nach zwei Jahren putschte er gegen sich selbst, löste das Parlament auf und setzte eine neoliberale Verfassung durch.<sup>3</sup> Doch diese neoliberale Wende war nicht so tiefgreifend wie in Chile. So gibt es in Peru immer noch Gesetze, die die Rechte gerne schleifen würde.

Die Regierung Fujimori entwickelte sich zu etwas formal Demokratischem, das aber nicht wirklich demokratisch war. Viele Peruaner betrachten diese Zeit deshalb als die ihrer Diktatur. Als Fujimori mittels Wahlfälschung<sup>4</sup> zu einer 3. Amtszeit gelangte, bildete sich eine Massenbewegung, die ihn im Jahr 2000 zum Rücktritt zwang. Heute sitzt er wegen

Menschenrechtsverletzungen und Korruption in Haft, nicht aber wegen des Putsches gegen sich selbst.

Das ist eine Konstante der peruanischen Politik. Gegen fast alle ehemaligen Präsidenten laufen Ermittlungen wegen Korruption. Sie sitzen deswegen in Untersuchungshaft oder entziehen sich, wie der Sozialdemokrat Alan García, durch Selbstmord der Verhaftung. In allen politischen Lagern und auf allen staatlichen Ebenen finden sich Fälle von Korruption. Der Unterschied besteht darin, wie damit umgegangen wird. Bei den meisten Parteien wird zweifelhaftes Verhalten anscheinend nicht als Problem angesehen. Die Betreffenden dürfen weiter für politische Ämter kandidieren und werden auch gewählt.

# Ein ungewöhnliches Verhalten der Wähler

Als Ergebnis der Diktatur Fujimoris bildete sich bei Präsidentschaftswahlen ein ungewöhnliches Muster heraus. In den zwei, seinem Sturz folgenden Wahlen schaffte es kein rechter Bewerber in die Stichwahl. Das gelang diesem Lager erst wieder mit der Tochter von Alberto Fujimori. Keiko Fujimori war zu diesem Zeitpunkt der Welt schon als ehemalige First Lady bekannt. Nach der Scheidung ihrer Eltern erhielt sie im Alter von nur 19 Jahren diesen protokollarischen Rang. Wie vieles in der Politik neoliberal ausgerichteter Staaten war die Trennung ihrer Eltern eine wunderbare Telenovela. In diesem Rosenkrieg ließen sich politische und persönliche Gründe nicht klar trennen. Keikos Mutter warf schon damals ihrem Noch-Gatten Korruption vor.

Keikos Mobilisierungsfähigkeit hängt aber nicht nur mit ihrer damaligen Rolle als First Lady zusammen. Der Name Fujimori hat für viele wegen der Niederwerfung Senderos einen guten Klang. Diesen Erfolg überträgt man auf sie. Dazu muss man wissen, dass für den Sieg über die Guerilla nicht nur militärische Mittel eingesetzt wurden. Der Staat zeigte auf dem Land einfach mehr Präsenz. Davon profitierte die Bevölkerung. Das schrieb sie dem Präsidenten gut. Sie sieht nicht, dass das eine indirekte Folge des Aufstands war.

Dazu kommt, dass es im Neoliberalismus auch Profiteure gibt. Diese

<sup>2.</sup> https://cejil.org/comunicado-de-prensa/corte-interamericana-establece-que-asesinato-de-pedro-huilca-fue-motivado-por-su-condicion-de-lider-sindical-critico-de-fujimori/

<sup>3.</sup> https://es.wikipedia.org/wiki/Autogolpe\_de\_Estado\_de\_Per%C3%BA\_de\_1992

<sup>4.</sup> https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones\_generales\_de\_Per%C3%BA\_de\_2000

verdanken ihr vergleichsweise gutes Leben in Peru Fujimori, schließlich hat er dieses Wirtschaftssystem eingeführt. Dazu zählen, wie in vielen lateinamerikanischen Ländern auch, die Beschäftigten internationaler Bergbaukonzerne. Was sollten diese Menschen ändern wollen?

Das Ansehen von Keiko Fujimori leidet auch nicht darunter, dass gegen sie Ermittlungen wegen Korruption geführt werden. So musste sie sich im letzten Wahlkampf ihre Reisen in die Provinz von der Staatsanwaltschaft genehmigen lassen. Sie stand unter so etwas wie Hausarrest.

Mit einer Fujimori in der Stichwahl sammelten sich nun alle hinter ihrem jeweiligen Konkurrenten, den sie zuvor aus unterschiedlichsten Gründen nicht wählen konnten. Davon profitierte ein neoliberaler Ökonom wie Pedro Pablo Kuczynski oder Ollanta Humala, der Präsident der PNP (Nationalistische Partei Perus<sup>5</sup>). Humala galt vielen, so auch der jungen Welt<sup>6</sup>, als Linkspolitiker, obwohl er eine ziemlich trübe politische Herkunft aufzuweisen hat. Da es sich bei ihm um einen ehemaligen Offizier handelt, hoffte man wohl auf eine ähnliche Entwicklung wie in Venezuela unter Hugo Chávez. Doch schon nach ein paar Monaten titelte die junge Welt: "Humala rückt nach rechts"

Heute findet man auf Wikipedia unter dem Eintrag "Partido Nacionalista Peruano" unter dem Punkt Ideologie: während der Anfänge Sozialismus, Linksnationalismus und Indigenismus, heute Sozialdemokratie, Nationalismus, konservativ und neoliberal. Man fragt sich, ob so eine Partei jemals sozialistisch gewesen war.

In der Stichwahl setzte sich jetzt stets, meist sehr knapp, der jeweilige Gegenkandidat zu Keiko Fujimori durch. Das geschah, obwohl die Rechte zusammen mit ihren Verbündeten immer den Kongress beherrschte. Dadurch konnte der gewählte Präsident, wenn er nicht sowieso die Seite wechselte, keines seiner Wahlversprechen umsetzen.

## Castillos Versuch der Gewerkschaftsspaltung

So erging es zuletzt auch Pedro Castillo. Er wurde 2017 landesweit bekannt als Anführer einer radikalen Fraktion (CONARE<sup>8</sup>) innerhalb der SUTEP (Sindicato Unitario de Trabajadores en la Educación del Perú), der Lehrergewerkschaft. Das hat es in sich, schließlich wurde die SUTEP in den 70er Jahren von Patria Roja (Rotes Vaterland), der maoistischen KP, aufgebaut.

Im Zusammenhang mit einem wilden Streik warf Patria Roja der Leitung der SUTEP vor, sich nicht genug um die Probleme der Mitglieder gekümmert zu haben. Das habe dazu geführt, dass CONARE mit der Absicht, die SUTEP zu spalten, in fünf von 196 Landkreisen streiken konnte.9 CONARE wurde damals von der Regierung in eine Reihe mit Sendero Luminoso und dem Movadef gestellt.10 Letzteres ist eine legale Gruppe, die aus Ehemaligen und Sympathisanten von Sendero besteht. Sie setzte sich für eine Amnestie des Sendero-Chefs Abimael Guzmán ein. Auch arbeitete sie an der Eintragung als politische Partei. Mit Movadef<sup>11</sup> will in Peru allerdings kaum jemand etwas zu tun haben.

Ob das mit der Verbindung zwischen CONARE und Movadef stimmt, ist offen. Die Rechte hat diese Vermutung im Wahlkampf gegen den Dorfschullehrer Castillo in Stellung gebracht, obwohl er damals als Rondero ja gegen den Sendero stand. Der britische *Guardian* bezeichnet diese Vorwürfe als "inkorrekt".<sup>12</sup>

Dass der Streik einer krassen Minderheit von der nationalen Politik nicht einfach ignoriert wurde, lag an einem nicht unbedeutenden Umstand. Einer der fünf Landkreise war Cuzco. Es war geplant, dort eine internationale Konferenz abzuhalten. Die Regierung wollte natürlich nicht, dass sie von Lehrerprotesten begleitet wird. Deshalb war sie zu Verhandlungen bereit und machte auch kleine Zugeständnisse.

Bei allen Diskussionen über den Einfluss von Movadef auf diesen Streik ist es Fakt, dass Castillo die CONARE in eine selbstständige Organisation, die FENATEP<sup>13</sup>, umgewandelt hat. Sie beanspruchte nun den Status einer Lehrergewerkschaft. In seiner aktiven Zeit als Gewerkschafter hat die Gruppe das nicht erreicht. Während seiner Amtszeit wurde sie schließlich offiziell anerkannt. War das begründet oder hat Castillo da als Präsident ein Machtwort gesprochen? Schließlich gibt es gute Gründe, ihre Gewerkschaftseigenschaft in Zweifel zu ziehen. Die FENATEP hat keine Homepage und ein leeres Facebookkonto<sup>14</sup> mit nur drei Followern. Dort findet sich auch nichts zur Absetzung und Festnahme ihres bekanntesten Mitglieds. Die SUTEP hält die FENATEP für ein Potemkin'sches Dorf.

Möglicherweise geht es hier nicht um unterschiedliche gewerkschaftliche Ansätze, sondern um einen Topf von über 700 Millionen Euro. Mitte letzten Jahres berichtete die Tageszeitung La Republica über einen Kampf zwischen SUTEP und FENATEP um die Kontrolle der Derrama Magisterial (DM).15 Das ist eine auf gesetzlicher Grundlage operierende private Sozialeinrichtung für Lehrkräfte. Dort sind ca. 80% der Pädagogen Mitglied. Sie erhalten dadurch Zugang zu Fortbildungskursen, Krediten und einer zusätzlichen Altersvorsorge. Daher gilt die DM einigen als die größte Bank des Landes.

- 5. Nicht zu verwechseln mit der Policía Nacional del Perú die auch als PNP abgekürzt wird
- 6. https://www.jungewelt.de/artikel/162269.peru-stimmt-f%C3%BCr-neuanfang.html?sstr =ollanta%7Chumala%7CLinkspolitiker
- 7. https://es.wikipedia.org/wiki/Partido\_Nacionalista\_Peruano
- 8. Comité Nacional de Reorientación del Sutep Nationales Komitee zur Reorientierung der SUTEP
- 9. Manuel Guerra in dem Text "Pedro Castillo, el Sutep, Patria Roja y la derecha." auf der Seite www.patriaroja.pe; Aufgerufen am 05.11.2021
- 10. https://redaccion.lamula.pe/2017/08/07/huelga-profesores-maestros-conare-movadef-ministerio-del-interior-carlos-basombrio/jorgepaucar/
- 11. Bewegung für eine Amnestie und grundlegender Rechte
- 12. https://www.theguardian.com/global-development/2021/may/05/pedro-castillo-peru-presidential-candidate
- 13. Federación Nacional de Trabajadores en la Educación del Perú
- 14. https://www.facebook.com/Fenatep-Per%C3%BA-102685315656983/
- 15. https://larepublica.pe/politica/pedro-castillo/2022/07/11/pedro-castillo-fenatep-y-sutep-disputa-por-la-derrama-magisterial-que-podria-generar-un-nuevo-conflicto-al-gobierno-ppk-poder-ejecutivo-sutep-fenatep

# Wer gehört in Peru zur traditionellen Linken?

Das ist schwer zu sagen. Die dortige Linke hat seit dem Zusammenbruch der UdSSR einen ähnlichen Verfalls- und Veränderungsprozess durchgemacht wie anderswo. Zweifellos zählen dazu die beiden KPs, PC-Peruano und PCP-Patria Roja. Die PC-Peruano wirkt wie tot, auch wenn sich in letzter Zeit ihr Internetauftritt verbessert hat. Aber dort findet man Anfang Februar 2023 als letztes einen Eintrag vom November 2022. Eigentlich sollte man Stellungnahmen zur aktuellen Entwicklung erwarten, zumindest parteioffizielle Erklärungen, ähnlich denen, die man bei Patria Roja findet. In eklatantem Gegensatz zu ihrem öffentlichen Auftreten ordnet Wikipedia der PC-Peruano aktuell fünf Parlamentsabgeordnete zu.16 Das muss man aber unter fake news einordnen. Abgesehen davon, dass dies in Peru niemand behauptet, der ernst genommen werden will, widerlegt Wikipedia die eigene Aussage selbst. Danach ist einer der fünf Abgeordneten von Juntos por el Perú (Gemeinsam für Peru, JP), Roberto Sánchez Palomino, Mitglied des Partido Humanista.17

Juntos por el Perú ist das aktuelle linke Wahlbündnis mit parlamentarischer Vertretung. Schon seit den Tagen der Izquierda Unida (Vereinigte Linke) werden linke Kandidaturen von Bündnissen getragen. Sie umfassen jeweils mehr oder weniger Organisationen. Bei der Wahl 2016 hatte es den Namen Frente Amplio (Breite Front, FA). Sie brachte es auf fast 14% der Stimmen und 20 Parlamentarier. Ihre Präsidentschaftskandidatin, Verónika Mendoza, erreichte in der ersten Runde sogar über 18 Prozent.

In der FA waren auch neue politische Kräfte vertreten. Bei ihnen stehen Umweltfragen, Feminismus und LGTBTQ+ im Mittelpunkt. Wobei das kein Entweder - Oder sein muss, aber letzten Endes anscheinend doch ist. Das zeigt das Verhalten von Indira

Huilca, der Tochter des ermordeten kommunistischen Gewerkschaftsführers. Sie wurde 2016 Abgeordnete und hat sich dort für die Rechte der Frauen, der Arbeiter und der LGTBTQ+-Gemeinschaft eingesetzt.

Das deutsche Wikipedia weiß folgendes über sie zu berichten: "Huilca änderte mehrmals ihre Parteizugehörigkeit. Im Juli 2017 verließ sie mit neun weiteren Abgeordneten die Fraktion des Frente Amplio und bildete die Gruppe und Partei Nuevo Perú, [...]. Als Grund für die Abspaltung gaben die Abgeordneten den Fraktionsvorsitzenden von Frente Amplio, Marco Arana, an, der Abgeordnete, die nicht seiner Partei Tierra y Libertad angehören, aktiv aus internen Diskussionen ausschließe. Im Oktober 2019 traten Huilca und Glave aus Nuevo Perú aus, nachdem Parteivorsitzende Verónika Mendoza im Vorfeld der außerordentlichen Parlamentswahlen in Peru 2020 mit Vladimir Cerrón von Perú Libre eine Allianz bildete. Sie begründeten ihre Entscheidung mit der Verurteilung Cerróns wegen Korruption und seinen wiederholt herabwürdigenden Aussagen gegenüber verschiedenen sozialen Gruppen und insbesondere Frauen. Trotz des Austritts aus Mendozas Partei unterstützte Huilca sie und ihr Wahlbündnis Juntos por el Perú bei ihrer Präsidentschaftskandidatur zu den Wahlen in Peru 2021, da Mendoza die einzige progressive Kandidatin mit einer realistischen Erfolgschance sei."18 Damit sind die Konflikte in der Linken recht gut beschrieben.

#### Wer ist Perú Libre?

Laut ihrem Programm handelt es sich um eine Organisation der "sozialistischen Linken"<sup>19</sup>. Sie proklamiert, dass es "um links zu sein notwendig ist, die marxistische Theorie zur Interpretation aller Phänomene zu verwenden, die in der … nationalen Gesellschaft auftreten". In der Wirtschaftspolitik will man sich an den Erfahrungen der Regierungen Correa in Ecuador und Morales in Bolivien orientieren. Ihr Generalsekretär Vladimir Cerrón behauptet, dass Perú Libre ein Werk-

zeug im Dienste der peruanischen Linken sei.<sup>20</sup> Die Partei ist auch Mitglied des Forums von São Paulo.

Vergleicht man das mit den bei Wikipedia gelisteten Positionen, wird eine Bandbreite sichtbar, die an die Anfangszeit der PNP erinnert. Das Potpourri umfasst unter anderem Sozialismus, Marxismus, einen sozialen Konservativismus, Antineoliberalismus, linken Nationalismus und Föderalismus. Merkwürdigerweise wird die Partei auf der politischen Achse zwischen Links und Linksextrem eingeordnet.<sup>21</sup>

Doch wirkt Peru Libre nicht nur wegen dieses Eintrags wie eine Fortsetzung der PNP. Es gibt auch die entsprechenden Lebensläufe. So war die Abgeordnete María Agüero Gutierrez bis 2015 Mitglied der PNP.<sup>22</sup>

Patria Roja stellt Vladimir Cerrón in die Tradition der peruanischen Caudillos, der populistischen Anführer. "In den letzten Jahrzehnten haben sich den traditionellen Caudillos der Rechten diejenigen angeschlossen, die aus der Linken oder den Schichten der einfachen Leute stammen. Als Ausdruck der Ablehnung des von Lima ausgehenden

Anzeige

## August Thalheimer

# Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,-€

Arbeiterstimme, Postfach 910307 90261 Nürnberg redaktion@arbeiterstimme.org

<sup>16.</sup> https://es.wikipedia.org/wiki/Partido\_Comunista\_Peruano

<sup>17.</sup> https://es.wikipedia.org/wiki/Roberto\_S%C3%A1nchez\_Palomino

<sup>18.</sup> https://de.wikipedia.org/wiki/Indira\_Huilca

<sup>19.</sup> http://perulibre.pe/wp-content/uploads/2020/03/ideario-peru-libre.pdf

<sup>20.</sup> https://elcomercio.pe/politica/jne-aprueba-cambio-nombre-partido-vladimir-cerron-noticia-nndc-658935-noticia/

<sup>21.</sup> https://es.wikipedia.org/wiki/Per%C3%BA\_Libre

<sup>22.</sup> https://aplicaciones007.jne.gob.pe/srop\_publico/Consulta/Afiliado

Zentralismus und der Krise der Parteien haben regionale Caudillos die Bühne erobert, die nicht nur gegen die bestehende Ordnung angehen, sondern auch gegen das, was sie die 'Linke aus Lima', 'die traditionelle Linke' und die 'Kaviarlinke' nennen. Den von der Rechten erfundenen Begriff 'Kaviarlinke' dehnen sie auf das gesamte progressive Lager aus."<sup>23</sup>

Es werden einige Beispiele aufgeführt, darunter befindet sich auch Gregorio Santos. Dieses Mitglied von Patria Roja wurde mit Hilfe eines Wahlbündnisses zum Präsidenten des Departements Cajamarca gewählt. Das endete mit seinem Parteiausschluss. "Unglücklicherweise entschieden sich die Gewählten, die Regional- oder Lokalregierung als eigenen Bauernhof oder den der Gruppe zu betrachten, fern der Politik der Partei, ihrer Leitung und ihrer Kontrolle."<sup>24</sup> Heute sitzt Santos wegen Korruption in Haft und ist Mitglied von Perú Libre.

Die tatsächliche Position von Perú Libre wird durch eine Bemerkung von Cerrón deutlich. Er hatte Anfang Dezember 2022 als "eleganten Ausweg" aus der politischen Krise die Rückkehr zur Verfassung von 1979 vorgeschlagen.<sup>25</sup> Das heißt, die Rücknahme der neoliberalen Reformen und die Wiederherstellung eines Sozialstaates im Rahmen der peruanischen Möglichkeiten. In der heutigen westlichen Welt ist das tatsächlich eine revolutionäre Forderung.

#### Die Wahlen von 2021

Die Annäherung zwischen Perú Libre und Nuevo Perú hielt nicht bis zur Wahl. So gingen 2021 mindestens drei als links geltende Kandidaturen ins Rennen. Hier erzielte Perú Libre mit Pedro Castillo völlig überraschend 18,9%. Damit lag ihr Kandidat auf dem 1. Platz. Für den Kongress konnte die Partei 13,4% verbuchen. Das bescherte ihr 37 Sitze. Castillos Hochburgen lagen in den Anden und im Süden des Landes. Dort, wo sich heute die Zentren des Protestes befinden.

Die Linke versammelte sich bei Juntos por el Perú. Sie erhielt für ihre Kandidatin Verónika Mendoza 7,8% und für den Kongress 6,6% (5 Mandate). Auch der Umweltschützer Marco Arana durfte nicht fehlen. Auf seine Person entfielen 0,5% und seine Wahlallianz FA erzielte das Doppelte.<sup>26</sup>

Das Ergebnis des fast vergessenen Lehrers, der auch Feierabendbauer war, schlug wie eine Bombe ein. Damit hatte niemand gerechnet. Auch nicht mit dem relativ schlechten Abschneiden von Keiko Fujimori. Ihre 13,4% reichten zumindest für die Stichwahl. Damit hatte die Linke ein Problem. Wie sollte sie sich zu Castillo verhalten? Doch nun griff das Prinzip "Alle gegen Fujimori". Nach einigem Hin und Her schloss man ein Abkommen und unterstützte ihn.

Der folgende Wahlkampf wurde von der Rechten zu einer Entscheidung zwischen Freiheit und kommunistischer Diktatur stilisiert. Doch die Propaganda verfehlte ihr Ziel. Ganz knapp, mit nur etwas über 40 000 Stimmen Unterschied (0,25 Prozentpunkte), setzte sich Castillo durch. Das heißt aber nicht, dass seine neuen Wähler nun auch hinter seinem Programm stehen. Der liberale Journalist César Hildebrandt, eine Art peruanischer Heribert Prantl, der in den Konzernmedien nicht mehr zu Wort kommt, hat den Wahlakt folgendermaßen beschrieben: Man musste sich die Nase zuhalten, um beim Wählen nicht zu sehr vom Gestank der Korruption belästigt zu werden, aber Keiko Fujimori war schlimmer.

Die Rechte erkannte lange ihre Niederlage nicht an. Sie sprach von Betrug und wollte die Wahl für ungültig erklären lassen. Es dauerte über einen Monat, bis die Wahlbehörde das amtliche Endergebnis feststellte. Noch länger dauerte es, bis sie schließlich Pedro Castillo zum gewählten Präsidenten erklärte. So konnte er am 28. Juli 2021 in sein Amt eingeführt werden.<sup>27</sup>

Emil Berger

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse

die Einheitsfront gegen den

Faschismus?



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 € Arbeiterstimme Postfach 910307 90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

# August Thalheimer:

## Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950

32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse: Arbeiterstimme, Postfach 910307 90261 Nürnberg oder: redaktion@arbeiterstimme.org

 $<sup>23.\</sup> https://patriaroja.pe/manuel-guerra/cerron-una-expresion-del-caudillismo-peruano/$ 

<sup>24.</sup> http://www.patriaroja.pe/pronunciamiento-expulsados-de-la-militancia-por-decision-del-comite-central-gregorio-santos-cesar-aliaga-allin-monteza-segundo-mendoza/;
Aufgerufen am 11.12.2016

<sup>25.</sup> https://www.infobae.com/america/peru/2022/12/01/vladimir-cerron-propone-el-retorno-a-la-constitucion-de-1979-como-salida-elegante-a-la-crisis/

<sup>26.</sup> Alle Ergebnisse nach Wikipedia

<sup>27.</sup> https://es.wikipedia.org/wiki/Crisis\_electoral\_en\_Per%C3%BA\_ de\_2021#Proclamaci%C3%B3n\_oficial\_de\_los\_resultados\_electorales

## **Holodomor-Debatte:**

# Aufklärung vs. politische Instrumentalisierung



Verhungernde Bauern in Charkiw 1933, Foto: Alexander Wienerberger /Wikipedia

mpelkoalition und Unionsparteien haben am 30. November im Bundestag beschlossen, dass der sogenannte Holodomor 1932/33 in der Ukraine als Völkermord (Genozid) zu werten sei. Mit wissenschaftlich fundierter Aufklärung hat das nichts zu tun (nur fürs Protokoll sei vermerkt, dass Linke und AfD aus unterschiedlichen Gründen sich bei der Abstimmung über die Resolution der Stimme enthielten). Der Beschluss vermerkt ausdrücklich: "Damit liegt aus heutiger Perspektive eine historischpolitische Einordnung als Völkermord nahe. Der Deutsche Bundestag teilt eine solche Einordnung." Der Kniff dabei ist, dass eine juristische Anerkennung als Genozid letztlich doch vermieden werden soll. Erst 1948 hat nämlich die UNO den Begriff des Völkermordes definiert. Indem Deutschland sich darauf bezieht, dass der Holodomor erst im Nachhinein als Genozid gewertet wird, entzieht sich die Bundesregierung einer Bewertung eines anderen Verbrechens als Völkermord, die juristisch Entschädigungszahlungen nach sich ziehen würde: Gemeint ist die Niederschlagung der Aufstände der Herero und Nama gegen die deutsche Kolonialherrschaft der Jahre 1904 bis 1908 im heutigen Namibia.

Weiter heißt es: "Der Holodomor fällt in eine Periode massivster, in ihrer Grausamkeit bis dahin unvorstellbarer Menschheitsverbrechen auf dem europäischen Kontinent. Zu diesen gehören der Holocaust an den europäischen Jüdinnen und Juden in seiner historischen Singularität, die Kriegsverbrechen der Wehrmacht und die planmäßige Ermordung von Millionen unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten im Rahmen des rassistischen deutschen Vernichtungskriegs im Osten, für die Deutschland die historische Verantwortung trägt. Orte wie Wola, Babyn Jar oder Leningrad stehen für diese unzähligen Verbrechen. (bundestag.de: Drucksache 20/4681)." Damit relativiert die Resolution so nebenbei den Holocaust: Sie erkennt zwar die "historische Singularität" des Massenmordes an der jüdischen Bevölkerung in Europa weiterhin an (wozu sie international nach wie vor gezwungen ist), stellt aber dennoch den sogenannten Holodomor auf die gleiche Stufe. Daraus leitet sie nun "aus Deutschlands eigener Vergangenheit eine besondere Verantwortung ab, innerhalb der internationalen Gemeinschaft Menschheitsverbrechen kenntlich zu machen und aufzuarbeiten,,. Dies ist an Heuchelei kaum zu überbieten. Erneut (seit "Nie wieder Auschwitz!" im Jugoslawienkrieg 1999) leistet sich die BRD eine Instrumentalisierung des Holocaust-Verbrechens zur Legitimierung des eigenen Vorgehens in einem aktuellen Krieg.

Damit folgt sie im Interesse des "Westens" der Interpretation der geschichtlichen Vorgänge 1932/33 in der Ukraine durch das Selenski-Regime, die wiederum ältere Wurzeln hat. Im folgenden legen wir zunächst den historischen Ablauf in der gebotenen Kürze dar.

### Revolution und Bürgerkrieg

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts entstand im Bereich der heutigen Ukraine eine eigenständige bürgerliche Nationalbewegung. Dies hatte mit dem Aufstieg des Kapitalismus zu tun, der sich mit dem Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts endgültig in Europa als ökonomisch herrschende Formation durchsetzte. Der größere Teil des Landes gehörte damals zum russischen Zarenreich, der kleinere zu Österreich-Ungarn. Zunächst war der Zarismus (trotz seiner außenpolitischen Niederlagen seit dem Krimkrieg von 1855) noch übermächtig.

Die erste Phase der Staatsbildung in der Ukraine vollzog sich im unmittelbaren Zusammenhang mit der russischen Februar-, dann Oktoberrevolution und bildete zwischen 1917 und 1922 ein chaotisches, wechselvolles, blutiges Drama. Gegen die deutsche und österreichische Besatzung entstanden zwei bürgerliche Nationalstaaten, die die bolschewistische Revolution und damit Aufteilung des Großgrundbesitzes ablehnten (dieser Konflikt fand seinen literarischen Niederschlag in Michael Scholochows "Der stille Don"). Der westliche Teilstaat wurde im polnischen-russischen Krieg 1919 vom polnischen Pilsudski-Regime annektiert und blieb bis zur erneuten Teilung Polens im Zweiten Weltkrieg dabei. Die vom Anarchismus herkommende Machno-Bewegung wurde im Süden aktiv und versuchte ihre Vorstellungen herrschaftsfreier Vergesellschaftung unmittelbar umzusetzen (die Härte dieser Kämpfe findet sich dargestellt in Volin, "Die unbekannte Revolution" aus anarchistischer Sicht). Im östlichen Gebiet, ausgehend von Charkiw, griffen die Bolschewiki unter Führung Trotzkis ein. Die bürgerliche Republik wurde teils unterstützt, teils übernommen von reaktionären "weißen" zaristischen Generalen (Denikin) und kosakischen Hetmans (Skoropadski). Anarchisten und Bolschewiki gingen zunächst gegen die "Weißen" gemeinsam vor, am Ende setzte sich die Rote Armee auch gegen die Machno-Bewegung durch, und die Ukraine (vorerst noch ohne die Westukraine) entstand als Sowjetrepublik innerhalb der 1922 gegründeten Sowjetunion.

## Kollektivierung und Industrialisierung

Es liegt auf der Hand, dass heutige politische Traumata in der Ukraine viel zu tun haben mit der harten Zeit des Aufbaus der sozialistischen Vergesellschaftung vor dem Zweiten Weltkrieg, die geprägt ist von der Stalin-Zeit (für die allgemeine Darstellung dieser Entwicklungen und Konflikte in der gesamten Sowjetunion vgl. unsere Broschüre "Weiße Flecken"). Die Bedeutung der Ukraine lag damals in ihrer Landwirtschaft (sie war immer noch die "Kornkammer"), im Bau neuer Kraftwerke am Dnjepr und im Donbass als einem der wenigen industriellen Kerne der frühen Sowjetunion. Unterschiedliche soziale Positionen bedingen freilich ebenso differente politische Deutungen. Das gilt sowohl für die damalige Zeit wie auch die heutige. Für die einen war die Stalin-Zeit eine Phase des Aufbaus von gesellschaftlichem Reichtum wie auch von Wehrhaftigkeit gegenüber den Angriffen von außen bis hin zur Zerschlagung der faschistischen Herrschaft im Zweiten Weltkrieg, für die anderen bedeutete sie Terror durch die Kollektivierung unter staatlichem Zwang bis hin zu angeblichem Verhungernlassen im Jahr der Dürre in der Ukraine 1932/33.

Dass dieser Hungersnot jedoch mitnichten von oben geplant war, um den daraus resultierenden Widerstand zu brechen, auch nicht quasi billigend in Kauf genommen wurde, lässt sich vielfach belegen. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass 1932/33 keineswegs allein die Ukraine, sondern weite Teile der Sowjetunion von dieser enormen Hungersnot betroffen waren. Betroffen waren etwa auch der Nordkaukasus und die Wolgaregion. In der gesamten UdSSR starben damals zwischen fünf und sieben Millionen Menschen unmittelbar an Hunger. In Relation zur jeweiligen Bevölkerung war dabei die Ukraine nicht einmal am schlimmsten betroffen. Zwar gab es hier die meisten Opfer, zwischen drei und vier Millionen Hungertote, also mindestens die Hälfte von allen Toten. Bezogen auf 33 Millionen Einwohner waren es rund 10 %. In Kasachstan starben nach Schätzungen 1,4 Millionen, aber in Relation zu 6,3 Millionen Einwohner:innen. Das sind etwa 22 % der dortigen Bevölkerung.

Primär war diese Entwicklung darauf zurückzuführen, dass die Sowjetunion in jenen Jahren erneut von einer der dort sporadisch auftretenden Dürren betroffen war, so wie es sie bereits 1921, 1924 und 1928 gegeben hatte und die dieses Mal besonders schlimm ausfiel. Die dramatischen Wetterbedingungen förderten dann auch noch Getreidekrankheiten, die zu zusätzlichen Verlusten führten. Letztlich wurde die Entwicklung dermaßen dramatisch, dass die Regierung sich genötigt sah, eigene Getreidereserven auflösen, teilweise zu Lasten der städtischen Bevölkerung. Selbst die Lebensmittelreserven der Roten Armee wurden stark abgeschmolzen. Auch der Export von Getreide, den die Sowjetführung ansonsten vornahm, um die Devisen zum Einkauf notwendiger Industriegüter zu erwirtschaften, wurde rapide heruntergefahren (von Mitte 1931 bis Mitte 1932 4,7 Mio. Tonnen auf 1,6 Mio. Tonnen im darauffolgenden Jahr bis Mitte 1933). Die Regierung war um die Bekämpfung der Hungersnot bemüht und legte Programme zur Erntesteigerung und Schädlingsbekämpfung auf. Dafür lassen sich reichlich Belege finden, dagegen nicht für ein bewusstes Verhungernlassen. Ohne Frage kamen auch die Konsequenzen der gesellschaftlichen Umbruchsituation hinzu, die aber für die Hungerkatastrophe keineswegs der zentrale Faktor gewesen war.

Dabei ging es im wesentlichen darum, die Sowjetunion in den Stand zu versetzen, eine Industrialisierung des ganzen Landes durchzuführen. Dies war grundsätzlich nötig, um durch Überwindung kleinbürgerlicher (Handel, Konsumgüterindustrie) und einzelbäuerlicher Wirtschaftsformen (Resultate der Periode der "Neuen Ökonomischen Politik" - NEP) den Aufbau sozialistischer Produktionsverhältnisse und die Steigerung der Produktivität endlich in Gang zu bringen, damit in der Perspektive die Armut zu beseitigen und den gesellschaftlichen Reichtum zu vermehren. Von entscheidender Bedeutung in der

damaligen weltpolitischen Lage war die Wehrhaftmachung der Sowjetunion gegen einen drohenden imperialistischen Angriff aus dem Westen. Das zahlte sich Jahre später aus bei der Abwehr des Überfalls durch das faschistische Deutschland und der Weiterführung des Krieges bis zur Befreiung Europas vom Faschismus.

Vor diesem Hintergrund fasste die Sowjetführung 1928 den Beschluss zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Neben der Herstellung sozialistischer Produktionsverhältnisse sollte es darum gehen, eine "Industrierente" zu erwirtschaften, um die Industrialisierung in Gang zu setzen. Da es nicht gelungen war, aus der bolschewistischen Revolution in Russland eine Weltrevolution in den reichen Industrieländern des Westens zu machen, war das Land auf die eigenen inneren Kräfte angewiesen. Es galt, ein genügend großes Mehrprodukt aus der Landwirtschaft in die Industrialisierung zu leiten. Die Bauern aber verhielten sich zu ihren Produktionsmitteln, die sie teilweise erst durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes gewonnen hatten, als individuelle Eigentümer. Die Sowjetführung war der Meinung, dass die Industrialisierung umgekehrt auch die Produktivität der Landwirtschaft heben würde. Diese war im Zarenreich und in den ersten zehn Jahren nach der Oktoberrevolution so niedrig, dass jede Störung der normalen Ernteabläufe eine Hungersnot auslösen konnte.

Somit war der Konflikt ein Klassenkampf um die Zukunft der ganzen Gesellschaft. Die Bolschewiki standen vor der existenziellen Frage, diese Aufgabe anzugehen oder den Aufbau des Sozialismus aufzugeben. Aus heutiger Sicht, im Nachhinein also, Jahrzehnte nach der Auflösung der Sowjetunion scheinen die Opfer historisch vergeblich gewesen zu sein. Diese Perspektive konnte in der damaligen Situation jedoch nicht zur Debatte stehen. Entschieden werden konnte nur nach Lage der Dinge. Insgesamt haben Kollektivierung und Industrialisierung in der Sowjetunion große gesellschaftliche Fortschritte gebracht. Wie die Geschichte Russlands, der Ukraine, Europas und der Welt ohne diese Maßnahmen verlaufen wäre, kann vernünftigerweise kein Mensch sagen.

All das kann jedoch diejenigen nicht überzeugen, die aus ihrer grundsätzlichen Position heraus entschlossen sind, den angeblichen "Holodomor" zu nutzen. Sie haben ihre wie auch immer hergeleiteten und begründeten Positionen und Zusammenhänge, seien es Klassenfragen, seien es nationale Motive.

#### Streit der Geschichtswissenschaft

Die Behauptung eines gezielten Verhungernlassens lässt die Zwangslage, in der sich die Sowjetunion angesichts der durch die faschistische Gefahr in Europa wachsenden äußeren Bedrohung sowie der immer noch auf Klasseninteressen bestehenden inneren Widerstände gegen den sozialistischen Aufbau außer acht. Die Aufrechnung von "Holodomor" gegen "Holocaust" kommt den Vertreter:innen der sogenannten Totalitarismus-Theorie zupass, deren Kernaussage in der Gleichsetzung von sozialistischer Parteidiktatur und faschistischem Terror besteht. Diese Argumentation durchzieht in den bürgerlichen Medien immer noch die Berichterstattung und Kommentierung der aktuellen "West-Ost"-Konflikte, sei es mit Russland, sei es mit China, obwohl es nicht mehr um die Gegensätzlichkeit von Gesellschaftssystemen geht, sondern um Konkurrenz von Staaten in ihren Einflusssphären. Das wird sich auch nicht ändern.

Die Wahrnehmung und Bewertung der Abläufe und Ergebnisse der Kollektivierung hängt in entscheidendem Maße vom Klassenstandpunkt ab, den Autor:innen in Wissenschaft, Publizistik und Politik vertreten. Vom sozialistischen Standpunkt her war die Kollektivierung eine gewaltige gesellschaftliche Anstrengung mit vielen Opfern, aber letztlich ein Erfolg. Das sahen auch Zeitgenoss:innen so: Die Opposition dagegen, so Thanasis Spanidis in der jungen Welt (Der erfundene Völkermord, jw v. 23.6.2017), habe "selbst nach großzügigsten Schätzungen ... maximal fünf Prozent der bäuerlichen Bevölkerung" umfasst, von diesen seien wiederum 90 % friedlich gewesen, seien durch "Erklärungen, Überzeugung und Zugeständnisse beschwichtigt" worden. Es habe auch viele Bauern gegeben, die die Kollektivierung aktiv unterstützt und vorangetrieben hätten. In den russischen Kerngebieten wirkte die vorrevolutionäre Tradition der Dorfgemeinschaft (Obschtschina) noch nach, die es allerdings in der Ukraine so nicht gegeben hatte.

Die zentrale Schlussfolgerung von Spanidis Beitrag lautet daher: "Beim ,Holodomor' handelt es sich also um einen besonders dreisten Fall von Geschichtsfälschung, da jedes Detail des relativ gut erforschten Ereignisses der These eines gewollten 'Völkermords' widerspricht." Andererseits dürfen diese Richtigstellungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kollektivierung im Rahmen des Klassenkampfes und der Enteignung von Bauern auch ein gewaltförmiger Vorgang war. Zu den Einzelheiten kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Aber eines war sie eben nicht: Völkermord.

Es gelingt auch bürgerlichen Historiker:innen nicht, nachzuweisen, dass die Kollektivierung ein gezielt gegen die Ukrainer:innen oder gegen die Bäuer:innen gerichteter Genozid gewesen sei. Das setzt gemäß der UNO-Definition Absicht und Ziel voraus, eine bestimmte ethnisch definierte Gruppe zu vernichten. Dies lässt sich bei den Nazis und den deutschen Kolonialisten ohne weiteres bestimmen, auch in Fällen anderer Kolonialmächte. Gegenüber dem angeblichen Holodomor müssen sich Vertreter:innen dieser These mit Mutmaßungen, Übertreibungen einzelner Vorfälle oder Verbindung von Vorgängen, die nichts miteinander zu tun haben, begnügen. Ein Beispiel zu letzterem ist die US-Historikerin Anne Applebaum, die das gleichzeitige Vorgehen gegen ukrainische Intellektuelle als "Beweis" anführt, dass es einen gezielten Genozid gegen die ukrainische Nationalität gegeben habe. Hier handelt es sich jedoch um zwei unterschiedliche soziale Schichten und im übrigen um einen Vorgang in der Landwirtschaft überall in der Sowjetunion.

#### **Politische Instrumentalisierung**

Wie kam die Verleumdung der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft als spezifisch gegen die Ukraine gerichteter "Holodomor" in die Welt? Der Ursprung lag tatsächlich bei der Beschäftigung mit dem "Holocaust". Als die Filmserie dieses Namens Ende der siebziger Jahre gedreht und gezeigt wurde, kamen ukrainische Nazis im kanadischen Exil auf den

Gedanken, eine "Gegenerzählung" aufzubringen mit dem ukrainischen Hungerwinter 1932/33 als Thema und dem neugebildeten "Holodomor" als Kunstwort, das diese völlig unvereinbaren Vorgänge vergleichbar machen sollte. Damit versuchten sie zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: vor allem sich selbst der Verantwortung für Verbrechen ukrainischer Faschisten an der Seite von deutscher Wehrmacht und SS zu entziehen, zum anderen die Debatte über das "stalinistische Verbrechen Holodomor" in Gang zu setzen. Dies gelang mit der Unterstützung staatlicher Stellen in USA, Kanada und schließlich insgesamt 16 Staaten, die inzwischen den "Holodomor" als "Völkermord" anerkannt haben, darunter viele osteuropäische Staaten, deren herrschende Klassen und Mehrheiten in der Bevölkerung einen historischen Hass auf Russland pflegen und sich selbst in der Opferrolle sehen wollen.

"Es ist also eine ausgesprochen trübe Suppe, aus der der Bundestag seinen Holodomor-Beschluss geschöpft hat (R. Lauterbach, Mit Melnyk im Plenarsaal, jw v. 2.12.22)." Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages schrieb in einer Studie 2008: "Über die Deutung der Hungersnot in der Sowjetunion 1932/33 – die ihren regionalen Schwerpunkt in der Ukraine hatte - besteht eine Forschungskontroverse, die wissenschaftlich noch nicht entschieden ist. Dies betrifft insbesondere die Frage, ob die Hungerkrise von 1932/33 als ein gegen das ukrainische Volk gerichteter Genozid eingestuft werden kann oder nicht." Dennoch war der Beschluss des Plenums des Bundestages ein Vorgriff der Parlamentarier:innen auf eine verbindliche Entscheidung ein wissenschaftlich nicht fundiertes politisches Votum zur Unterstützung des Kriegskurses in der Ukraine, solange der "Westen" ihn will.

Es ist ein billiges Propagandamanöver der Bundestagsmehrheit zur Unterstützung des Krieges gegen Russland. Es sieht halt besser aus, anderen einen Völkermord vorzuwerfen, als an die deutschen Verbrechen in Namibia, Griechenland, Polen, der Sowjetunion und anderswo erinnert zu werden.

4.12.22 Nachdruck aus der Arbeiterpolitik 1/2023 www.arbeiterpolitik.de



# Neues aus dem Vereinigten Königreich

# Die Streikbewegung im Herbst 2022 und der Zustand der konservativen Partei



'n den letzten Monaten erlebte das Land eine große Streikwelle. Es streikten, unter anderem, Eisenbahnarbeiter, Krankenschwestern, Sanitäter, Lehrer, Universitätsdozenten, Beschäftigte bei der Post und im Offentlichen Dienst. Die Woche Ende Januar/Anfang Februar sah die größten Streikaktionen seit 1979. Die meisten Arbeiter haben seit 2010, dem Beginn der Sparpolitik unter der Koalitionsregierung von Cameron, keine tatsächliche Lohnerhöhung mehr erhalten, während die Lebenshaltungskosten stiegen, besonders seit dem Krieg in der Ukraine mit den drastischen Preissteigerungen für Energie und Nahrungsmittel. Die Inflation liegt immer noch über 10%. Inzwischen können viele Menschen auch die Mittel für Heizung und Essen nicht mehr aufbringen und sind gezwungen, sich bei einem oder gar bei beiden einzuschränken. Kirchen, Pubs und Sozialzentren laden die Menschen auf eine Tasse Tee und ein Stück Kuchen ein, auch damit sie sich dort aufwärmen können.

Bei den Verhandlungen ist den Eisenbahnergewerkschaften jetzt eine Lohnerhöhung von 9% angeboten worden, 5% sollen für 2022 gezahlt werden und 4% im Jahr 2023. Neben den Lohnforderungen geht es auch um Arbeitsbedingungen. Ein wichtiger Punkt sind dabei die sogenannten "Driver only- Züge", in denen es nur einen Fahrer gibt und kein sonstiges Personal mehr. Diesbezüglich hat die Regierung einen Rückzieher gemacht. Die Gewerkschaft glaubt nämlich, dass die Regierung die 14 verschiedenen Bahngesellschaften, die es seit der Privatisierung gibt, dazu drängte, auf solche "Driver only-Züge" umzustellen. Allerdings beinhaltet das Lohnangebot auch die Schließung aller Fahrkartenschalter, und Sonntagsarbeit soll als normale Arbeitszeit gelten, nicht mehr wie bisher als freiwillige Überstunden. Mick Lynch, der Generalsekretär der RMT (National Union of Rail, Maritime and Transport Workers), stufte das Angebot als armselig ein, weil es die Schließung aller Ticketschalter

und Änderungen bei den Arbeitsbedingungen einschließt. Bevor abgestimmt wird, werden noch die Untergliederungen der Gewerkschaft RMT befragt. Mick Whelan, der Generalsekretär von ASLEF, der Lokomotivführergewerkschaft, erklärt, es gebe keinen Fortschritt in Bezug auf ein Abkommen für die Fahrer. Die Gewerkschaft der Büroangestellten, TSSA, ist offensichtlich gegen die Schließung aller Fahrkartenschalter, denn das würde diese Gewerkschaft dezimieren. Mick Whelan drohte, die Streiks könnten noch jahrelang fortgeführt werden, wenn man zu keiner Einigung bei den Lohnforderungen komme. Mark Servotka, der Führer der PCS, bei der die öffentlich Bediensteten organisiert sind, von denen zur Zeit 100.000 streiken, warnte, die Streiks könnten mindestens bis zum Sommer dauern, einschließlich koordinierter Aktionen mit anderen Gewerkschaften. Die größte Gewerkschaft der Schullehrer, NEU (National Education Union), hat in den letzten 14 Tagen einen Mitgliederzuwachs

von bis jetzt 40.000 erhalten, die aus anderen, eher gemäßigten Organisationen wechselten - ein Ausdruck der Stimmung unter den Lehrern.

Die Regierung weigert sich, den Forderungen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst nachzugeben. Sie hofft darauf, dass sich die Öffentlichkeit gegen die Streikenden stellt; aber dazu ist es nicht gekommen. Die streikenden Krankenschwestern genießen eine überwältigende Unterstützung. Die Regierung will ein neues Gesetz einführen, das Streiks im öffentlichen Bereich einschränkt. Die Beschäftigten sollen dabei einen bestimmten Grundservice gewährleisten, statt eines 100%igen Stillstands. Dies könnte die Europäische Menschenrechtskonvention verletzen. Im Augenblick fehlen dem Vereinigten Königreich 500.000 Arbeiter, wegen Krankheiten und der geringeren Einwanderung aufgrund des Brexit. Viele Arbeiter in Schlüsselpositionen sind in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt. Meinungsumfragen zeigen, dass eine Mehrheit den Brexit nun als Fehler ansieht, aber es gibt keine Mehrheit dafür, der EU wieder beizutreten.

Die konservative Partei, die Tories, die um 1679/1680 gegründet wurde, gilt als erfolgreichste politische Partei weltweit. Sie schaffte es über Jahrhunderte immer wieder, an der Macht zu sein. Aber heute schaut es so aus, als ob sie zerfallen könnte. Johnson musste wegen seiner Lügen zurücktreten. Es finden immer noch Untersuchungen gegen ihn statt wegen der vielen Partys, die während des Corona-Lockdowns stattfanden. Die Parteimitglieder wählten Liz Truss zu seiner Nachfolgerin. Ihr Minibudget, die angekündigten Steuersenkungen für die Reichen und die Absicht, die Thatcher-Politik wiederzubeleben, führten zu einer akuten Krise an den Finanzmärkten. Nach 45 Tagen musste sie zurücktreten und wurde von Rishi Sunak ersetzt. Sunak konnte die Wirtschaft stabilisieren. In sein Kabinett nahm er Vertreter der verschiedenen Parteigruppierungen der Tories auf, darunter auch sehr stark diskreditierte ehemalige Minister. Es gibt anscheinend mindestens zehn parteiinterne Gruppen unter den konservativen Parlamentariern, die jüngste davon ist die Conservative Grouth Group, also die Gefolgsleute von Truss. Johnson hat Rückenwind und er glaubt, er kann zurückkommen. Es gibt viele Intrigen und Hoffnungen, Sunak verdrängen zu können. Sunak wurde gezwungen, seinen Parteivorsitzenden, Nadhim Sahawi, zu feuern. Dieser ist ein Kurde aus Bagdad, der sehr reich geworden war, aber "vergessen" hatte, Steuern für seinen enormen Reichtum zu bezahlen.

Starmer, der Parteichef von Labour, scheitert währenddessen daran, so etwas wie eine Alternative zur Politik der Tories anzubieten, obwohl er in Meinungsumfragen führt. Er hat Rachel Reeves. eine frühere Beamtin bei der Bank of England, zu einer Art Stellvertreterposition verholfen, während er Angela Rayner, seine gewählte Stellvertreterin, kaltstellte. Rayner, eine Frau der Arbeiterklasse aus der Gegend von Manchester, ist Sozialistin. Sie ging früh von der Schule ab und war als Teenager alleinerziehend. Starmer versuchte 2021 auch, Rayner aus ihrer Rolle im Schattenkabinett zu entfernen; dies musste er aber aufgeben. Er demütigte sie ständig, meiner Meinung nach in der Hoffnung, dass sie zurücktreten werde, aber sie hält durch und sagt ihre Meinung.

Eine allgemeine Wahl zum Parlament steht erst wieder 2024 an; aber wenn die Partei der Tories implodiert, könnte sie schon früher stattfinden. Was Labour bisher anbietet, ist allerdings nicht begeisternd im Hinblick auf größere Reformen im Interesse der Menschen aus der Arbeiterklasse.

m.j. (4/2/23)



Anzeige

# EXPIESS ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 3-4/23 u.a.:

- Thilo Hartmann: »Dürfen Beamt:innen streiken?« – Bericht von Anhörung vor der Großen Kammer des EGMR
- Freddy Adjan / Johannes Specht: »Eine Branche für sich« – Lohnsteigerungen – tarifpolitisches Ziel der NGG für 2023
- »Ende des industriellen Tiefdrucks absehbar« – Gespräch mit Martin Dieckmann
- Hermann Büren: »Verantwortung ohne Macht« – Wie Beschäftigte zu Verantwortungsträgern gemacht werden
- Torsten Bewernitz: »Kritik der politischen Ökologie« – jenseits von Green New Deal und Ökosozialismus?
- Ingeborg Wick: »Mein Boss, der Algorithmus« – Internat. Treffen zu Arbeitskämpfen und Organizing in GIG-Ökonomie

**Probelesen?!** Kostenfreies Exemplar per eMail o. Telefon anfordern

Niddastr. 64 VH, 60329 FFM express-afp@online.de www.express-afp.info

Anzeige

## August Thalheimer:

Einführung in den

## dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

# Gekränkte Freiheit



Carolin Amlinger, Oliver Nachtwey: "Gekränkte Freiheit" – Suhrkamp-Verlag, 3. Auflage, 2022, 449 Seiten.

er Titel des hier besprochenen Buchs müsste eigentlich lauten: "Die Saat ist aufgegangen", stattdessen lautet er: "Gekränkte Freiheit", ohne dass expliziert wird, was der Begriff Freiheit bedeutet bzw. bedeuten soll, und ob Freiheit gekränkt werden kann und wenn ja, von wem und wie? Da sagt der Untertitel der Studie von Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey, beide lehrende Soziologen an der Uni Basel, "Aspekte des libertären Autoritarismus", mehr über den Inhalt aus. Die beiden Autoren stützen sich dabei auf Interviews mit verschiedenen Querdenker\*innen und einer weiteren Auswertung einer fragebogengestützten Befragung von zu Querdenker\*innen, Verschwörungsteoretiker\*innen, Coronaleugner\*innen und auch zu Querfrontler\*innen gewordenen ehemaligen Nutzer\*innen und Unterstützer\*innen der Internetplattform Campact. Auch wenn statistisch nichts gesichert, lässt sich doch einiges aus der Studie ableiten. Eine der vertretenen Thesen: "Querdenker\*innen, Coronaleugner\*innen, Verschwörungstheoretiker\*innen" vertreten meist einen "libertären Autoritarismus", der u.a. aus einem nicht eingelösten Freiheitsversprechen und einer daraus erfolgten Kränkung resultiert. Dabei wird Freiheit bzw. Liberalität als individuelles Recht und Merkmal begriffen, das zunehmend, nicht zuletzt durch die Covid-19-Maßnahmen, stark bzw. unverhältnismäßig beschnitten wird. Interessant auch, dass die Anhänger\*innen dieses libertären Autoritarismus, den Autoren zufolge, zentralen Werten, die Jahrzehnte lang propagiert wurden, anhängen und deren Einhaltung einklagen. Dieses individuelle Recht wieder herzustellen, erlaubt auch gemeinsame Sache mit ausgewiesenen "Antidemokraten" zu machen, sich der AfD zuzuwenden, auch wenn vormals die Linke die Partei der Wahl war. Auffallend, dass es sich bei vielen Interviewten um Menschen mit mittlerer und guter Bildung in guten Stellungen handelt, die z.B. einen "antiautoritären Erziehungsstil" befürworten. Ihr Autoritarismus speist sich aus dem Bewusstsein, im Besitz der eigentlichen Wahrheit zu sein, die von allen akzeptiert und durchgesetzt werden muss, eben auch mit dieser Wahrheit akzeptierenden Bündnispartner\*innen jedweder politischen Couleur, gegen die (politischen) Eliten und die von ihnen präsentierten, angeblichen Expert\*innen.

"Wir haben zwar (...) keine Patentlösung für die von uns analysierten Probleme. Wir verstehen unser Buch eher als einen Beitrag zu einer gesellschaftlichen Diskussion über die Malaise, in der wir uns befinden." Das Fehlen von Patentlösungen ist den Autoren nicht vorzuwerfen, wohl aber, dass die systemische Herkunft des Problems (im Sinn des vorgeschlagenen Titels) nicht bzw. kaum angesprochen und analysiert wird. Stattdessen werden seitenlang die Inhalte und Erkenntnisse des IfS Frankfurt von Adorno und Horkheimer rezipiert. Ist es deren komplizierter Ausdrucksweise geschuldet, dass im Buch zahlreiche Fremdwörter verwendet werden? Und bringt es wirklich etwas für die Entwicklung einer Gegenstrategie, die Anhänger\*innen des "libertären Autoritarismus" in unterschiedliche Untergruppen einzuteilen? "Sicherlich, die Querdenker: innen und Coronarebellen sind nur eine gesellschaftliche Minderheit, aber sie treffen auf einen relativ großen Resonanzraum." Eine Gegenstrategie scheint notwendig, das Buch kann bloß eingeschränkt helfen.

Anzeige



#### Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.







Schwerpunkt 1/2023: Politische Justiz

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de



# Das neue Bürger-Hartz Viel Lärm um nichts



as neue Bürgergeld soll also kommen, wieder mal ein angebliches Jahrhundertwerk der Sozialpolitik. Die Ampelkoalition lobt sich überschwänglich für ihre Leistung, die Unionsparteien feiern sich dafür, dass sie aus einem schlechten Entwurf im Bundesrat noch ein gutes Gesetz gemacht hätten. Fragt man Betroffene oder liest/hört ihre Stellungnahmen in den öffentlichen Medien, so sind die allermeisten von ihnen enttäuscht oder bekunden Desinteresse, weil sich aus ihrer Sicht nichts ändern werde.

Auch wir sehen darin nichts Neues, wie wir in unserer Überschrift zum Ausdruck bringen. Das Zitat darin stammt aus einer Äußerung einer Aktivistin, Helena Steinhaus vom Verein "Sanktionsfrei e. V.", in der Frankfurter Rundschau vom 23. November 2022 (zum Verein "Sanktionsfrei e. V.", der sich für die Interessen der Hartz-IV-Beziehenden einsetzt, s. Stichwort in Wikipedia).

## Neue Regelungen zum Bürgergeld

Ab 1. Januar 2023 soll das Bürgergeld kommen, jedenfalls in Teilen. Regelungen zum Arbeitsmarkt sollen wegen zahlreicher Änderungen, die organisatorisch noch nicht umgesetzt werden können, erst im Juli in Kraft treten. Die wichtigsten Neuerungen und ihre Bedeutung für Erwerbslose und Lohnarbeitende sind:

1. Der Regelsatz soll um 53 € auf 502 € steigen. Das ist nichts weiter als eine längst fällige Regelsatzerhöhung. Sie ist zwar deutlich stärker als in all

den Jahren zuvor. Aber sie ist schon jetzt längst von der Teuerung aufgefressen, die Kaufkraft geringer als zu Anfang 2021. Versprochen ist, dass künftige Regelsatzerhöhungen schneller an die Inflation angepasst werden. Freibeträge für Menschen, die neben dem Bürgergeld

arbeiten oder sich in Ausbildung befinden, werden erhöht.

- 2. Der sogenannte Lohnabstand bleibt gewahrt. Auch wer zum Mindestlohn arbeitet, hat in der Regel aufgrund der Freibeträge und von Leistungen wie Wohngeld und Kindergeldzuschuss deutlich mehr Geld im Monat (so besagt z. B. eine Studie des DGB, dass eine Arbeitnehmerin mit 38 Stunden in der Woche und 12 € Stundenlohn im Monat 670 € mehr verfügbares Einkommen hat als ein Bürgergeldempfänger; ähnliches steht in einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit).
- 3. Das Bürgergeld schafft den Vorrang der Vermittlung in Arbeit ab. Das ist zunächst mal ein guter Vorsatz. Konkret kann das bedeuten, dass jemand, der eine Umschulung oder Weiterbildung in Aussicht hat, nicht gezwungen werden kann, diese wegen irgendeines Aushilfsjobs, der keine weiterführende Perspektive bietet, abzusagen. Die Praxis wird zeigen, wie sich das auswirken wird. Sogenannte Vermittlungshemmnisse aus Arbeitgebersicht (mangelnde Abkömmlichkeit etwa wegen Kinder-, Kranken- oder Altenbetreuung zu Hause, eigene gesundheitliche, körperliche oder psychische Probleme etc.) sind damit nicht aus der Welt geschafft, willkürliche Auslegung vom Jobcenter auch nicht.
- 4. Wer zum ersten Mal Bürgergeld bezieht, bekommt ein Jahr lang die aktuelle Wohnung finanziert und ein "Schonvermögen" von 40.000 € für einen Alleinstehenden, 15.000 € für jede weitere Person im Haushalt

- eingeräumt. Der ursprüngliche Regierungsentwurf hatte eine Frist von zwei Jahren und Beträge von 60.000 € und weitere 30.000 € vorgesehen (diese Werte waren wegen der Pandemie eingeführt worden und sollten ab jetzt festgeklopft werden – daraus wurde nichts). Abgesehen von dem Trauerspiel, das zu diesem Thema zwischen Ampelkoalition und Unionsparteien ablief, ist diese geringe Marge keine Garantie gegen Armut. Denn nach einem Jahr läuft dieser Schutz ja aus. Mehr als zwei Drittel aller derzeitigen Hartz IV-Beziehenden sind aber schon mehr als ein Jahr dabei, haben von dieser Regelung schon jetzt nichts. Ein Sechstel dieses Personenkreises zahlt jetzt schon die Miete zum Teil aus dem Regelsatz. Den künftigen Bürgergeldbeziehenden verspricht dies ebenfalls nichts Gutes. Bekanntlich wird ja nicht einfach "die" Miete bezahlt, sondern nur eine im "angemessenen" Rahmen.
- 5. Beim Thema Sanktionen wollte die Ampelkoalition ursprünglich eine "Vertrauenszeit" von sechs Monaten einführen. Die wurde gestrichen. Es ist sehr bezeichnend, dass die Unionsparteien bei diesem Thema hart blieben, dabei von der FDP unterstützt wurden und SPD wie Grüne vollständig einknickten. Bei den Sanktionen gab es daher keine Veränderungen, aber viele unsachliche, populistisch motivierte Diskussionen: Statistiken der Bundesagentur für Arbeit belegen immer wieder, dass nur ein ganz kleiner Bruchteil der Menge der erwerbsfähigen Hartz-IV-Beziehenden (aktuell 0,9%) überhaupt sanktioniert wird. Offenbar geht es nur um Disziplinierung der Leistungsbeziehenden, vor allem aber auch um die Profilierung rechter Politik. Die erwerbslos gemachten Menschen möchten in ihrer weit überwiegenden Mehrheit tatsächlich erwerbsmäßig arbeiten und nicht in der von rechter Seite böswillig unterstellten "sozialen Hängematte" abliegen.
- Tatsächlich handelt es sich also beim "Bürgergeld" nur um alten Wein in neuen Schläuchen, um eine aus Sicht

der Betroffenen geringfügige Anpassung des Systems "Hartz IV": "Das Bürgergeld führt in die blanke Not," so Helena Steinhaus.

### Nach Hartz IV – sozialdemokratische Symbolpolitik

Schon bei den Hartz-Reformen zu Beginn des Jahrhunderts ging es der damaligen SPD-Grüne-Koalition nicht um Wohltaten, ganz im Gegenteil. Es solle ein Niedriglohnsektor geschaffen werden, so Bundeskanzler Gerhard Schröder, und zwar der "beste" (d. h. niedrigstbezahlte und umfangreichste) in Europa, damit die deutsche Wirtschaft, der damalige "kranke Mann" Europas, wieder auf die Beine komme. Dies gelang, indem man die soziale Absicherung der Lohnabhängigen zusammenstrich (vgl. Kasten). Lebensstandard und Vermögen von Langzeitarbeitslosen wurden radikal verschlechtert, der Zwang zur Aufnahme jedweder Tätigkeit zum Programm erhoben, ihre Berufserfahrung oftmals grundlegend entwertet. Den noch Beschäftigten sollte dies eine Warnung sein, die Behandlung der Arbeitslosen zielte nicht nur auf diese selbst, sondern vor allem auf die Disziplinierung der noch Lohnarbeitenden. Mit der Senkung der Lohnersatzleistungen nach schon einem oder zwei Jahren auf Sozialhilfe konnten auch Lohnforderungen der Gewerkschaften ausgebremst werden. Die Durchsetzung dieses Programms gelang in einem Maße, dass "Hartz IV" heutzutage als gesellschaftliche Erscheinung völlig selbstverständlich hingenommen wird, eine Rückkehr zum vorherigen Zustand also ausgeschlossen scheint.

Diese "Mutter der Sozialreformen" führte in der Folge – freilich neben anderen Aspekten, insbesondere der Einführung des Euro, die auf EU-Ebene Löhne und Preise unmittelbar vergleichbar machte, sowie anderen Reformen zur Vereinfachung des Kapital- und Warenverkehrs in der EU – zu einem nachhaltigen Aufschwung der ohnehin stärksten Volkswirtschaft der EU, die sich den neuen europäischen Binnenmarkt zunutze machen konnte. Die SPD hielt sich das zugute. Doch dieser Aspekt hielt nicht lange vor. Nach einer Serie verlorener Land-

tagswahlen musste sie 2005 vorgezogene Bundestagswahlen anberaumen. Diese verlor sie gegenüber der CDU/CSU, mit der sie in der Folge drei "Große Koalitionen" unter Angela Merkel einging. Dieses "Tal der Tränen" war die Konsequenz davon, dass die Hartz-Reformen diejenigen Wähler:innen verprellte, die die SPD immer als vermeintlichen Schutz vor den Risiken der Kapitalswirtschaft gewählt hatten.

Für die SPD als bürgerlich-parlamentarische Partei, die letzten Endes für den Zusammenhalt der Gesellschaft unter dem Vorrang des Kapitalinteresses sorgen muss, erschien es aber unmöglich, Hartz IV als einen prinzipiellen "Fehler" zuzugeben, der sie in den Wahlen zum Bundestag zu einer Kleinpartei zu reduzieren drohte. Also musste sie eine Argumentationslinie aufbauen, die von der Richtigkeit der Hartz-Reformen zur damaligen Zeit ausging und hinüberführte zu einer neuen "Jahrhundertreform", genannt "Bürgergeld", die die Bedingungen und Möglichkeiten der heutigen Zeit angeblich besser abbildet. Und wie damals bei den Hartz-Reformen die Unionsparteien mit ihrer Stärke im Bundesrat noch zu einer Verschärfung der Gesetze gesorgt hatten, so verhagelten sie auch diesmal der SPD genau die Positionen, die in der Konzeption des Bürgergeldes noch die vergleichsweise besseren waren, z. B. die "Vertrauenszeit" bei den Sanktionen und die Höhe des Schonvermögens. Noch schlimmer war, dass der Koalitionspartner FDP als bürgerlich-liberale Partei der SPD in den Rücken fiel. Der blieb gar nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

# Die Reform – ein parlamentarisches Machtspiel

Beide Seiten im parlamentarischen Machtpoker zogen ihre roten Linien. Dabei war auffällig, dass die FDP nicht nur klammheimlich mit den Positionen der Unionsparteien sympathisierte: Es waren auch ihre eigenen. Für beide Seiten gab es aber ein Problem: Der Elefant im Raum war die überfällige Erhöhung des Regelsatzes, für den die Koalition schon mal den Betrag von 52 € in die Debatte geworfen hatte. Die Erwartung, dass zumindest das sicher zum Jahresanfang 2023 kommt, war groß. Weder Koalition noch Unionsparteien wollten sich die Verantwor-

tung zuschreiben lassen, durch lange, zähe Verhandlungen diese - wegen der Teuerung ohnehin mäßige - Verbesserung verhindert zu haben. Daher machte CDU-Chef Merz schon früh den Vorschlag, die Erhöhung des Regelsatzes vom sonstigen Entwurf abzutrennen und als besonderen Beschluss vorzuziehen. Natürlich ging die Koalition darauf nicht ein, denn damit wäre ihr selbst ein Druckmittel abhanden gekommen. Es kam, wie es kommen musste: Die Ampelmehrheit im Bundestag nahm das Gesetz in Gänze an, die unionsgeführten Länder verweigerten im Bundesrat die Zustimmung. Also wurde zwischen beiden Seiten neu verhandelt mit dem oben beschriebenen Ergebnis. Dieses wurde im weiteren parlamentarischen Verfahren (Vermittlungsausschuss, erneuter Beschluss von Bundestag und Bundesrat) angenommen. FDP und Unionsparteien schlugen sich dröhnend auf die Brust, die SPD stimmte bei, indem sie das Werk zum "Fortschritt" erklärte.

Da die neuen Bestimmungen letztlich nichts anderes sind als kosmetische Verbesserungen, kann nur die Zukunft zeigen, ob sich praktisch etwas verändert. Ein Beispiel wäre der mit viel rhetorischem Aufwand begründete neue Vorrang von Aus- und Weiterbildung, Umschulung etc. vor hastiger Unterbringung in irgendeinen Aushilfsjob. Neue Floskeln bringen vielleicht bei dem einen oder der anderen Jobcenter-Angestellten bzw. Beratungsuchenden ein Umdenken. In der Breite aber braucht das Zeit. Das wissen gerade Langzeitarbeitslose am besten in ihrem alltäglichen Kampf mit den Widrigkeiten in den Ämtern und mit deren Vollzugskräften, also mit den Vorschriften und ggf. den Launen. Auch das ist ein Terrain und eine Form des Klassenkampfs, denn wie mit den Ausgegrenzten dieser kapitalistischen Gesellschaft verfahren wird, das bietet auch ein Beispiel für die Disziplinierung der Arbeitskräfte. Auch die Gewerkschaften müssen das wissen.

30.11.22

Nachdruck aus der Arbeiterpolitik 1/2023 www.arbeiterpolitik.de



# Notizen eines kubanischen Sommers

# Kuba in den schwierigsten Zeiten der letzten Jahre.

Eines muss gleich zu Anfang gesagt werden: Kuba erlebt gerade die schwierigsten Zeiten der letzten Jahre. Die Probleme, die andere Länder durch die globale Krise, den Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel und Treibstoff haben, muss man sich im Fall der Insel um ein Vielfaches multipliziert denken.

So haben nur die über 130 neuen Sanktionsmaßnahmen des Präsidenten Trump dem Land zusätzliche Schäden von über fünf Milliarden Dollar verursacht. Allein dessen letzter Schachzug - den er quasi in den letzten Minuten seiner Amtszeit machte und mit dem er Kuba auf die Liste der Staaten gesetzt hat, die den Terrorismus unterstützen - verursacht dem Land riesige Probleme mit großen Auswirkungen auf seine Wirtschaft und seine Finanzen, weil Kuba dadurch fast komplett vom internationalen Zahlungsverkehr abgeschnitten wurde. Jedes Unternehmen, jede Bank, jeder Investor hat Angst, mit einem Staat Geschäfte zu machen, den die USA auf diese Weise gebrandmarkt haben, auch wenn iedem klar ist, dass dies ein rein willkürlicher Akt war. Alle Manöver, die notwendig sind, jede Transaktion zu verschleiern, machen die Produkte teurer und teurer. Kuba muss für alles, was es importiert, 20 Prozent mehr als jedes andere Land bezahlen.

Devisen bzw. deren Knappheit sind das große Problem, das fast alle anderen mit sich bringt. Deswegen war auch die angekündigte Schaffung eines neuen Devisenmarktes mit einem "wirtschaftlich begründeten Wechselkurs, auf dem alle Währungen einschließlich des Dollars, gehandelt werden", die am meisten diskutierte von allen vorgesehenen Maßnahmen. Als dann am 3. August in der Sendung Mesa Redonda bekanntgegeben wurde, dass ab dem folgenden Tag der Staat Fremdwährungen zu einem Wechselkurs von 120 Pesos für einen Dollar (mit entsprechenden Kursen für Währungen wie Euro, mexikanischer Peso etc.) kaufen werde, war die Überraschung groß, aber die Gefühle in der Bevölkerung waren durchaus gemischt. Man ahnt wohl das damit verbundene Risiko. Aber Fakt ist, dass der Staat jetzt in Konkurrenz zu dem illegalen Markt gegangen ist, der die ganze Zeit immer größere Blüten trieb. Der Kubaner oder Ausländer mit Dollar oder Euro in der Hand wollte sein Geld in der Regel nicht zu einem Kurs 24 Pesos für einen Euro umtauschen, sondern hat lieber mit einem von den Händlern, die sich an jeder Ecke anboten, sein Geschäft gemacht und dafür 100, 110 oder was auch immer der illegale Tageskurs gerade war, eingeheimst. (Ich hatte ja bereits mal erwähnt, dass als wir 1000

Euro bei einer Banco de Comercio umtauschen wollten, man da hektisch alles an Scheinen zusammensuchte und uns sagte, das sei man nicht gewohnt, die Leute tauschten, wenn überhaupt, nur kleine Beträge um.) All diese Devisen gingen also bisher am Staat vorbei. Jetzt möchte man erst einmal so viel Fremdwährung wie möglich einsammeln, daher der höhere Kurs. Wenn man das gleiche Geld auf legalem Wege bekommen kann, werden die Leute in der

Regel nicht die Spekulanten aufsuchen. Es ist nicht dasselbe, sich in die Sicherheit einer Bank zu begeben, wo alles transparent ist, oder ein Geschäft mit unbekannten Personen in einem unbekannten Haus zu tätigen. Natürlich wird es immer Leute geben, die trotzdem den illegalen Händler aufsuchen, aber der geht jetzt auch ein großes Risiko ein. Er begeht eine Straftat, und es wurde bereits gesagt, dass dem jetzt ein Ende gesetzt werden soll. Es war zwar schon immer illegal, aber die Verfolgung dieses Treibens war äußerst lasch. Wahrscheinlich fühlte sich der Staat selbst nicht wohl dabei, den Leuten für einen

Euro nur 24 Peso zu geben. Für den Touristen außerhalb der all-inclusive Anlagen war dieser Zustand wohl auch sehr verwirrend. Sobald jetzt also der potenzielle Kunde am Flughafen ankommt, ist da jetzt sofort die Cadeca, die Wechselstube, wo er sein Geld umtauschen kann. Und es muss jetzt auch mit Nachdruck durchgesetzt werden, dass die Währung, die in Kuba gilt, der kubanische Peso ist und sonst nichts. Es darf so z. B. keine Taxifahrer mehr geben, die sich weigern, kubanische Pesos anzunehmen. All das muss jetzt der Vergangenheit angehören. Die Voraussetzungen



Menschen in der Gemeinde Minas de Matahambre in Pinar del Rio berichten Miguel Díaz-Canel von der harten Arbeit, die sie geleistet haben, und von der Arbeit, die sie noch vor sich haben.

Foto: Estudios Revolución

dafür sind gegeben, dass der Staat die Kontrolle übernehmen kann. Er verfügt über ein ausgedehntes Bankennetz, einschließlich der Möglichkeit elektronischer Überweisungen. Die Leute können jetzt ganz bequem über Transfermovil von zuhause aus 100 Dollar tauschen und dafür 12.000 CUP bekommen.

Für die Menschen, die sich keine Deviseneinnahmen verschaffen können, liegen die Vorteile dieser Maßnahmen allerdings in weiter Ferne. Sie werden sie erst bemerken, wenn sie ihnen durch eine allgemeine Verbesserung der Wirtschaft, einen Rückgang der Preise und ein stabi-

leres Angebot an Waren und Dienstleistungen zugutekommen.

Alles steht und fällt damit, ob es gelingt, an mehr Devisen zu kommen. Die finanziellen Zuwendungen, die sog. remesas, die Angehörige aus dem Ausland ihrer Familie in Kuba zukommen lassen und die einmal drei Milliarden US-Dollar pro Jahr eingebracht haben, sind durch die Schließung von Western Union und anderen Anbietern immer weniger geworden. Überall auf der Welt können diejenigen, die in andere Länder ausgewandert sind, ihre Familien in der Heimat unterstützen. Aber auch dies wird Kuba verwehrt. Der mexikanische Präsident Manuel López Obrador wies darauf hin, dass laut Daten der Bank von Mexiko sein Land im Jahr 2021 insgesamt 51.585 Millionen Dollar von Mexikanern erhalten habe, die in den USA arbeiten. Dies helfe dabei, die Krise zu überwinden, weil diese Überweisungen die Haupteinkommensquelle des Landes darstellen würden. Nun arbeiten naturgemäß nicht so viele Kubaner in den USA wie Mexikaner, aber auch deren Geldtransfers würden der Wirtschaft Kubas einen positiven Schub versetzen. Deshalb setzte sich der mexikanische Präsident vehement dafür ein, dass auch kubanische Migranten, genau wie alle anderen auf der Welt, die Möglichkeit haben müssten, ihren Familien in Kuba problemlos Geld zukommen zu lassen. Im Rahmen des von der UNO proklamierten Internationalen Tages der Familienüberweisungen am 16. Juni hat die Internationale Organisation für Migrationen der UNO die Anstrengungen jener anerkannt, die ihre Familien im Herkunftsland unterstützen, ihnen so eine bessere Lebensqualität ermöglichen, was sie zu wichtigen Akteuren für die Entwicklung ihrer Gemeinden und das Wachstum ihrer Länder werden lässt. Auch in Ländern wie El Salvador, Honduras und Jamaika beispielsweise machen diese Überweisungen 20 Prozent des BIP aus. Aber dass die Gemeinden Kubas sich entwickeln und seine Wirtschaft wächst, das ist im Plan der USA nicht vorgesehen im Gegenteil.

Ein Lichtblick ist Mexiko, das jetzt 200 Fachärzte aus Kuba angefordert hat, damit sie in Gebieten des Landes arbeiten, die nicht attraktiv sind und daher insbesondere von Fachärzten gemieden werden. Es gab zwar heftigen Protest der mexikanischen Ärztekammer, aber Präsident López Obrador hat die Argumente auf seiner Seite. Wenn kein mexikanischer Arzt dorthin möchte, müsse man eben eine andere Möglichkeit finden, die Bevölkerung dort medizinisch zu versorgen, meinte er, und kündigte an, weitere kubanische Ärzte in anderen Gemeinden einsetzen zu wollen. Auch in Honduras mit der neuen Präsidentin Xiomara Castro werden ab September wieder einige kubanische Ärzte arbeiten.

Touristen sieht man zwar wieder, aber immer noch nicht genug, auch wenn ich heute nach langer, langer Zeit wieder eine Gruppe deutscher Touristen in Begleitung eines kubanischen Reiseführers über den Markt

19 y A in Vedado habe laufen sehen. Vielleicht kommen ja in der kälteren Jahreszeit größere Massen. Aber auch wenn es jetzt möglich ist, mit der MIR Kreditkarte überall an den Kassenautomaten Geld zu ziehen, wird sich die Zahl der russischen Touristen, die vor

COVID den größten Anteil stellten, wohl in Grenzen halten. Durch die Sanktionen der Europäer sind keine Direktflüge von Russland nach Kuba mehr möglich. Jeder Flug auf die Insel muss über Istanbul gehen, was ihn für die meisten wohl unerschwinglich macht. Ob aber die unsichere Lage die übrigen nicht sanktionierten Europäer mit ihren Devisen zu uns bringt und wir die avisierten 2,5 Millionen Besucher erreichen werden, steht noch in den Sternen.

Um an weitere Devisen zu kommen, sollen jetzt Joint Ventures zwischen staatlichen und privaten Unternehmen erlaubt werden. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Unternehmensformen gab es ja schon länger und hat sich in einigen Gemeinden bereits positiv ausgewirkt.

Aber es ist trotzdem neu, dass sie jetzt auf Engste zusammengehen und sich nicht mehr als Gegner ansehen.

Auch die angekündigten Konsignationsverkäufe (eine Art Verkauf auf Kommission, die Red.) durch in- und ausländische Lieferanten sowie die Vergabe einer Lizenz an die kubanische Post für grenzüberschreitenden elektronischen Handel dienen diesem Zweck.

Außerdem hat Kuba zu erkennen gegeben, dass es am Kapital aus der Exilgemeinde interessiert ist. Es ist einiges in Bewegung und manches mag den Vertretern der reinen Lehre auch nicht gefallen. Aber die müssen sich auch nicht durch den kubanischen Alltag kämpfen.

Wie der Ökonom Ramón Labañino in der Sendung "Cuadrando la Caja sagte: "Ich habe eine besorgniser-



Beim Wiederaufbau nach dem Sturm spricht man lieber ... Foto: Jaliosky Ajete Rabeiro

regende Zahl gehört. Dieses Jahr haben wir ein Haushaltsdefizit von 76.000 Millionen Pesos (CUP)."

Dass das Land noch so funktioniert, wie es das tut, grenzt an ein Wunder. Wir haben zwar COVID unter Kontrolle, wir können endlich wieder ohne Maske atmen, aber ansonsten ist alles so schwierig, wie in den letzten acht Jahren nicht, in denen wir hier leben. Es gab dieses Jahr keine Sonderzuteilung zum 26. Juli, und die Kroketten und Hähnchen kamen auch nicht wie geplant. Hay que improvisar: Man muss improvisieren, sagten mir die Leute, als sie am 26. Juli sahen, dass im Laden keine Ware geliefert wurde und sie sich wieder auf den Heimweg machten. Ein paar Unermüdliche standen immer noch im Schatten unter einem Baum und

wollten die Hoffnung nicht aufgeben, aber es sah nicht gut aus. Wobei ich immer wieder bewundernswert finde, wie gelassen, die meisten damit umgehen. Ich betone hier, die meisten, weil es natürlich schon gelegentlich zu Ausbrüchen kommt und auch die Volksvertreter wüst beschimpft werden. Aber auch sie versuchen beruhigend auf die Menschen einzuwirken, erklären, lassen sich nicht provozieren. Trotz allem aber, und das kann gar nicht oft genug betont werden, ist die Lieferung der Grundnahrungsmittel auf Libreta nie ausgeblieben. Es gibt immer Reis, Bohnen, Zucker, Kaffee, Öl, in bestimmten Abständen Spülmittel, Seife, Zahnpasta, (auch wenn es im Augenblick Probleme mit dem Salz zu geben scheint) und die täglichen Brötchen. In konterrevolutionären Websites

... über Baseball als über die Widrigkeiten des Lebens Foto: Boris Luis Cabrera/Cubadebate

wurde kolportiert, dass es nur noch drei statt der bisherigen fünf Eier pro Person pro Monat gebe. Früher gab es mal zehn. Aber siehe da, es gab dann sechs in diesem Monat. Damit lässt sich nun nicht im Luxus leben. so viel steht fest. Aber allein das zu garantieren, verlangt von dem Land ungeheure Anstrengungen. Das, was man sonst noch braucht, muss man sich meist mit Schlange stehen erarbeiten. Eine der meist gestellten Fragen, die man überall hören kann, wenn man durch die Straßen geht, ist: Qué sacaron? Soll sinngemäß heißen: Was ist heute geliefert worden? Und je nachdem wie die Antwort lautet, sind die Schlangen dann größer oder kleiner. Für Leute mit MLC-Karte sind die Schlangen zwar kleiner, aber auch dort sind die Regale oft leer und auch dort ist die Freude groß, wenn man etwas findet, was man braucht. Es gibt eben kaum Devisen.

Die Versorgung mit Medikamenten ist zwar ein weiteres Problem, weil es sporadisch zu Engpässen kommt. Trotzdem werden die Basisarzneimittel in der Regel irgendwann geliefert und dann bekommt man die ausgefallene Dosis zusätzlich. Damit ist man erst einmal versorgt. Hier gibt es nämlich eine Karte, auf der die Medikamente vermerkt sind, die jemand regelmäßig braucht und auf die er Anrecht hat: Herz, Bluthochdruck, Diabetes etc. Dabei muss man sich klar machen, wie viel Geld der Staat allein für die Versorgung der Patienten mit Insulin ausgeben muss. Da muss - anders als bei Tabletten gegen Cholesterin - die Versorgung kontinuierlich gewährleistet

> sein, sonst sind die Auswirkungen katastrophal. Wenn es ganz schlimm kommt, besorgt man sich das Medikament zu überhöhtem Preis auf dem Schwarzmarkt, von Reisenden, die es etwa aus Mexiko eingeführt haben, wo man alle rezeptpflichtigen Medikamente ohne Proble-

me günstig erwerben kann. Oder man kennt jemanden, der noch ein Schmerzmittel übrig hat, denn Schmerzmittel zu bekommen, war eine Zeit lang praktisch unmöglich.

Wie von vielen erhofft, haben sich Vorfälle, wie die vom Juli letzten Jahres nicht wiederholt. Wie es scheint, war die Konterrevolution in Deutschland und die weltweit und besonders die von den USA aus digital Agierenden aktiver als die in Kuba, denn hier hat sich an diesem Tag nichts bewegt.

Dabei ist die Lage nichts anders als vor einem Jahr. Jeden Abend kommt in den Nachrichten, wie viele Kilowattstunden heute zu Spitzenzeiten fehlen. Die Stromabschaltungen in den Provinzen sind teilweise wirklich dramatisch und erinnern an die Sonderperiode. Langsam weiß jeder, wie jedes einzelne Kraftwerk funktioniert, welche Röhren heute wo undicht waren, wie aufopfernd die Arbeit in Heizkesseln ist und wann welcher Block von welchem Kraftwerk wieder ans Netz geht. Wahrscheinlich erstickt allein schon die tägliche Berichterstattung über die wirklich unter schwersten Bedingungen arbeitenden Menschen bei der Wiederherstellung des Kraftwerksbetriebs, den Frust vieler Betroffener. Havanna selbst hat bis jetzt, was die Stromversorgung betrifft, Glück gehabt. Allerdings wurde gerade beschlossen, dass allen Bezirken alternierend alle drei Tage von 10 bis 14 Uhr der Strom gesperrt wird. Ich weiß nicht, ob aus Solidarität oder ob man dadurch wirklich das Los der anderen erleichtern kann.

Was sich aber gegenüber dem Sommer letzten Jahres geändert hat, ist das Sommerprogramm. Die Strände sind voll. Die Leute haben Spaß und man bemüht sich auch um deren leibliches Wohl. Zu Anfang gab es ein sehr gutes Angebot zu moderaten Preisen, aber an manchen Stellen scheint auch dort wieder der Mangel durchzubrechen. Für die Kinder gibt es Programm und auch dort wird immer Essen und Trinken für Eltern und Nachwuchs angeboten. Campismo Nacional, Camping in kleinen Häusern mit Freizeitprogramm und Restauration zu moderaten Preisen ist eine schöne Abwechslung für Familien, Kulturveranstaltungen in großem Stil. Nach zwei öden Covidbedingten Sommerjahren ist all das ein Segen.

Problematisch scheint zurzeit die Entwicklung von Dengue. Nun ist Dengue im Sommer nichts Ungewöhnliches. Aber in den Jahren zuvor wurde immer, als die Lage sich zuspitzte, fumigiert. Ich erinnere mich an Zeiten, an denen dienstags einer zuhause bleiben musste, damit die Leute mit ihren Gerätschaften reinkamen. Das kann in diesem Jahr nicht geleistet werden, es ist einfach kein Benzin dafür da. Im Höchstfall kann die Wohnung in der Leute an Dengue erkrankt sind, ausgeräuchert werden. Mehr ist nicht möglich. Man versucht mit Spots auf die Leute einzuwirken, kein Wasser irgendwo offen stehen zu lassen etc. Aber es regnet fast jeden Tag, das reicht den Moskitos Aedes Aegyptis wohl, um sich zu vermehren, denn es gibt deren überall genug. Glücklicherweise scheinen sie keine besonders gefährliche Variante der Krankheit zu verbreiten.

Auch der Transport ist weiter ein riesiges Problem. Die dankenswerterweise gelieferten Gelenkbusse aus Belgien, die große Mengen von Leuten befördern können, sind zumindest für den kubanischen Sommer eigentlich nicht einsetzbar. Sie haben wohl eine Klimaanlage für gemäßigte Breiten und deshalb kann man kein Fenster öffnen. Es wird von Leuten berichtet, die ohnmächtig wurden und Kollegen von uns lassen lieber diesen Bus vorbeifahren und warten noch länger an der Haltestelle, als sich der Tortur auszusetzen. Dabei ist, den Arbeitsplatz zu erreichen, je nachdem wo man wohnt, eine strategische Meisterleistung. Ich habe mir von einer alleinerziehenden Mutter (der Vater des Kindes ist verstorben) erzählen lassen, wie sie täglich zur Arbeit gelangt.

"Von Montag bis Freitag geht um 5 Uhr der Wecker. Ich mache das Wasser im Boiler an, dusche kalt, mache alles fertig für das Pausenbrot und das Mittagessen für meinen 6-jährigen Sohn Emir. Die Flaschen mit Wasser und Saft nehme ich aus dem Tiefkühlfach und packe sie extra in Zeitungspapier, damit sie länger kühl bleiben.

Um 5.40 Uhr wecke ich den Jungen, und er bekommt ein Glas Milch ans Bett. Dann bringe ich ihn dazu, mit dem inzwischen warmen Wasser zu duschen. Die Schuluniform habe ich schon am Vortag gebügelt und der Rucksack ist auch für die Schule bereit. Er geht in eine Schule, die in der Nähe meines Arbeitsplatzes liegt.

Um 6.10 Uhr gehen wir zur Bushaltestelle, um zu sehen, ob wir einen Busbekommen können. Um 7 Uhr ist noch nichts passiert. Auch kein solidarischer Fahrer ist vorbei gekommen, einer von denen, die einen ein Stück der Wegstrecke mitnehmen, ohne dafür etwas zu verlangen. Endlich, um 7.30 Uhr kommt der erste Bus. Wir können nicht einsteigen, er ist übervoll, wohl weil einer ausgefallen ist.

Wir versuchen, ein Taxi zu bekommen. Keine Chance, alle die vorbeikommen, sind schon besetzt. Dann um 8.30 Uhr kommt die Rettung – einer von diesen Omnibussen, die keinen festen Fahrplan haben. Wir steigen ein. Unterwegs hält er oft an, um neue Fahrgäste

aufzunehmen oder welche aussteigen zu lassen. Als wir schließlich ankommen ist es 9.30 Uhr. Wir sind alle beide zu spät, aber wir sind angekommen.

Aber nicht alle Tage sind gleich. An anderen Tagen steigt man in den ersten Bus, der kommt, und fährt damit einen Teil der Strecke, dann nimmt man noch einen und vielleicht noch einen dritten. An manchen Tagen gehen wir schon um 5.30 aus dem Haus. Dann müssen wir noch früher aufstehen und wir kommen oft zu spät."

Während ich diese Zeilen schreibe, brennen immer noch Tanks eines großen Treibstofflagers in Matanzas, nachdem ein Blitz in einen dieser Tanks eingeschlagen hat, der so stark war, dass selbst die Sicherung mit Blitzableitern nichts nützte. Immer wieder kommt es zu Explosionen und schwarze Rauchschwaden ziehen über Havanna. Präsident Díaz-Canel hat befreundete Länder, die Erfahrung mit ähnlichen Katastrophen haben, um Hilfe gebeten. In der Nacht sind fünf Flugzeuge aus Mexiko und Venezuela mit Tonnen an chemischen Stoffen zum Ersticken der Flammen und mit Experten am Flughafen in Varadero gelandet. Selbst wenn die Flammen gelöscht werden können, haben wir Unmengen an Treibstoff verloren. Damit werden sich unsere Probleme bei der Stromversorgung weiter vergrößern. Hinzu kommt, dass die Beschaffung von Treibstoff für Kuba sowieso ein Problem ist, da viele Tanker die Insel aus Angst vor Sanktionen nicht anlaufen wollen, von der Finanzierung der jetzt notwendig gewordenen zusätzlichen Mengen an Diesel ganz zu schweigen. Nach der Explosion im Saratoga Hotel mit großen Zerstörungen und vielen Toten ist das die zweite Katastrophe binnen kurzer Zeit, die das Land bewältigen muss.

Die Konterrevolution in Miami jubelt und frohlockt bei jeder Katastrophe, die über uns hereinbricht und die wir wieder mit unseren wenige Ressourcen bewältigen müssen. Einschränkungen, die sich für uns durch die Blockade und durch solche Katastrophen ergeben, sind für sie ein willkommener Anlass, um weiter sagen zu können, dass das kubanische Modell nichts tauge. "Die Blockade wird aufrechterhalten, weil Kuba ohne sie ein Modell der menschlichen Gesellschaft wäre, das für die Weltordnung zu

subversiv ist" sagte Präsident Díaz-Canel am 26. Juli.

Dieses Modell aufrechtzuerhalten, ist ein schwieriges Unterfangen. Durch die Beispiele in dem ganzen Text wird deutlich, welche Gratwanderungen dabei unternommen werden müssen. Denn um die soziale Gleichheit zu erreichen, die die Essenz des Sozialismus ist, muss man mit Maßnahmen leben, die zunächst eben diese soziale Gleichheit gefährden. "Diese wachsende Ungleichheit ist nicht nur das größte sozioökonomische Problem des Landes, sondern auch eine politische und ideologische Herausforderung. Soziale Gleichheit ist für den kubanischen Sozialismus nicht nur ein Ziel, sondern ein notwendiger Ausgangspunkt für jede Entscheidung. Der einzige Ausweg ist mehr Sozialismus, die einzige Lösung für Kuba ist mehr Revolution. Wenn wir die Gleichheit als unvermeidliche Variable in diesem Bestreben betrachten, haben wir eine größere Chance auf Erfolg in diesem wichtigen Kampf gegen die Armut, der notwendigerweise auch ein Kampf gegen die Ungleichheit als einen Wert sein muss, der mit den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit und der Volkssouveränität unvereinbar ist, die die Geschichte unseres Landes bestimmt haben", hat Michel Torres in einem Artikel geschrieben.

Damit Kuba diesen Kampf gewinnen kann, braucht es eure Solidarität. Die Welt muss wissen, was dieses Volk für seine Souveränität, für die Verwirklichung des Ideals einer gerechten Gesellschaft auf sich nimmt. Das zu vermitteln ist euer Teil dieses Kampfes.

Renate Fausten CUBA LIBRE 4-2022



mit freundlicher Genehmigung der Cuba-Libre-Redaktion www.cuba-libre-magazin.de

# Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Oppostion eine Untersuchung zur "Rechtsopposition" im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
$\textbf{Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten} \ (\textbf{Hrsg. Achim Kowalczyk})$	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
<b>Einführung in den dialektischen Materialismus</b> Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
<b>Zurück in die Eierschalen des Marxismus?</b> Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
<b>1923, eine verpaßte Revolution?</b> Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht Lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Volksfrontpolitik</b> , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem "Internationalen Klassenkampf" von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
<b>Die Potsdamer Beschlüsse,</b> Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Weiße Flecken</b> , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer),	1928, 54 Seiten, 2,00 €
<b>Der Weg der Gewerkschaften,</b> Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland, Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

# Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der Arbeiterstimme in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei - Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den "Fall Maurin" werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,-€ ISBN 3-00-010296-5 Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

## "Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern" Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurdenvon den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe - Band I DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro ISBN 3-9809970-4-9

## Faschismus in

## Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

### Wieder Lieferbar:

## Die Bremer Linksradikalen



## Aus der Geschichte der **Bremer Arbeiterbewegung** bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307 90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307 ■ 90261 Nürnberg

redaktion@arbeiterstimme.org